

«Europa kann nur verlieren»

Existentielle politische, wirtschaftliche und kulturelle Dimensionen des Ukraine-Krieges

von Guy Mettan



Guy Mettan ist Journalist und Abgeordneter im Grossen Rat des Kantons Genf, den er 2010 präsidierte. Er begann seine journalistische Laufbahn während seines Studiums der

Politikwissenschaften; danach arbeitete er für das «Journal de Genève», *Le Temps stratégique*, *Bilan*, «Le Nouveau Quotidien» und später als Direktor und Chefredaktor der «Tribune de Genève». Seit 2005 ist er Präsident der Union der Handelskammern Schweiz-Russland & GUS. Von 2006 bis 2014 war er Präsident des Genfer Roten Kreuzes und bis 2019 Mitglied des Rates des Schweizerischen Roten Kreuzes. 1996 gründete er den *Swiss Presseclub*, dessen Präsident und späterer Direktor er von 1998 bis 2019 war.

Er ist Autor mehrerer Bücher, darunter «Russland-Westen. Ein tausendjähriger Krieg», das in sieben Ländern, darunter China und die USA, veröffentlicht wurde. Der Text gibt einen Vortrag wieder, den Guy Mettan am 30. April 2022 vor Lesern von *Zeit-Fragen* gehalten hat.

Ich freue mich über dieses Treffen und danke Ihnen, dass Sie es organisiert haben. In meiner Einführung möchte ich zwei Probleme ansprechen, die mir für das Verständnis der aktuellen Ereignisse in der Ukraine wesentlich erscheinen. Der erste Aspekt betrifft das Wesen dieses Krieges. Im zweiten Teil meiner Überlegungen werde ich versuchen zu erklären, warum meiner Meinung nach ein Frieden in Europa derzeit unmöglich oder zumindest unwahrscheinlich ist und in ziemlich weiter Ferne liegt.

Das Wesen dieses Krieges

Zunächst zum Wesen dieses Krieges. Meiner Meinung nach handelt es sich nicht nur um einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine, wie es tendenziell angenommen wird. Gewiss ist es ein Krieg zwischen diesen beiden Nachbarländern, und er hat daher unbestreitbar eine lokale und regionale Dimension. Es wäre jedoch falsch, ihn darauf zu reduzieren. Es ist auch ein Krieg der Zivilisationen, ein globaler Krieg, in dem sich Russland mit Unterstützung Chinas auf der einen Seite und die Vereinigten Staaten, die Nato und die gesamte westliche Welt auf der anderen Seite gegenüberstehen. Aus diesem Grund kann man diesen Krieg als einen unbegrenzten, grenzenlosen Krieg bezeichnen, auch wenn es sich nicht um kompakte Blöcke handelt, wie man sie während des Kalten Krieges verstanden hat. *Gabriel Galice*, Vorsitzender des *Geneva International Peace Research Institute* GIPRI, hat ihn in einem Video des Blogs *Anti-thèse* sehr gut beschrieben.¹

Die regionale Dimension ist bekannt. Es ist der Donbass-Konflikt, eine Folge des Staatsstreichs vom 22. Februar 2014, der auf die Maidan-Proteste folgte und den Aufstand der Bevölkerung des Donbass gegen Kiew auslöste, nachdem das neue nationalistische Regime den offiziellen Gebrauch der russischen Sprache verboten hatte. So viel zur regionalen Dimension.

Es ist jedoch seine globale, existentielle Dimension, die immer mehr in den Vorder-

«Der Konflikt markiert einen Wendepunkt, der das Ende der mit den Seemächten verbundenen neoliberalen Globalisierung und den Beginn einer neuen Form der Globalisierung ankündigt, die sich stärker auf die Kontinente konzentriert.»

grund rückt, sowohl auf der Ebene der militärischen Operationen (die alle militärischen Kräfte der Nato gegen Russland mobilisieren, unter Ausschluss eines Truppeneinsatzes auf ukrainischem Boden) als auch auf der strategischen Ebene. Aus diesem Grund kann man von einem Krieg der Zivilisationen und einem unbegrenzten Krieg sprechen. Warum ist er unbegrenzt? Weil er die Gesamtheit der menschlichen Aktivitäten betrifft. Es ist ein Konflikt, der weit über den rein militärischen Aspekt hinausgeht.

Es ist in erster Linie ein Wirtschaftskrieg zwischen zwei Welten, Russland, einschliesslich China und zahlreicher anderer Länder wie Indien, im Kampf gegen die Hegemonie des Westens und seiner Verbündeten. Die gegen Russland verhängten Sanktionen sind eine Form des Krieges, der mit Embargos und Blockaden geführt wird. Dieser Wirtschaftskrieg ist noch unbegrenzt und grenzenloser als der Militärkrieg, weil der Militärkrieg zumindest im Moment auf das Territorium der Ukraine und auf konventionelle Mittel beschränkt bleibt. Er bleibt glücklicherweise unterhalb der nuklearen Schwelle, der Atombomben. Auf wirtschaftlicher Ebene hingegen kann man von einem fast totalen Krieg sprechen.

Ein Krieg um das Recht auf eigene Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenleben

Es ist auch ein kultureller, ein ideologischer Krieg, ein Informationskrieg, der alle Aspekte unseres täglichen Lebens betrifft. Es ist klar, dass es hier um zwei unterschiedliche Weltanschauungen geht. Die liberale oder vielmehr neoliberale Ideologie versucht, die Herrschaft des wirtschaftlichen Laissez-faire und der sogenannten progressiven Moral gegen Menschen durchzusetzen, die ihr Recht auf eine eigene Vorstellung vom Leben in der Gesellschaft verteidigen.

Es ist auch ein Krieg des Individualismus und der abstrakten Werte gegen eine traditionellere und humanistischere Vision der menschlichen Gesellschaft. Ich verstehe unter progressiv das, was der LGBT-, Woke-, Diversity-, Multi-Kulti-Ideologie zuzuordnen ist, im Vergleich zu einer eher konservativen Vision oder einer, die mehr darauf bedacht ist, das Erbe des alten griechischen, lateinischen und christlichen Humanismus zu respektieren.

Dieser Krieg ist auch räumlich unbegrenzt, weil er den gesamten Planeten betrifft und nicht nur zwei Länder. Es sind alle Länder der Welt betroffen, nicht nur Europa, sondern auch die Nato, China, Indien und die Länder des globalen Südens. Für den Westen ist es eine Frage des Überlebens. Es geht um die Aufrechterhaltung seiner Hegemonie über die Welt, die er seit fünf Jahrhunderten ausübt. Deshalb will der Westen unter Führung der USA den Krieg bis zum bitteren Ende führen und Russland so weit wie möglich «schwächen», wie der US-Verteidigungsminister anlässlich seines Besuchs in Kiew Ende April sagte.

Erwachen der nicht-westlichen Länder

Diese weltweite Dimension lässt sich auch am Erwachen der nicht-westlichen Länder beob-

achten. China unterstützt Russland, obwohl es immer versucht hatte, sich aus der Sache herauszuhalten und eine gewisse Neutralität zu bewahren. Nun hat es festgestellt, dass es gezwungen ist, für Russland Partei zu ergreifen, da es Gefahr läuft, zum nächsten Ziel zu werden.

Die gleiche Beobachtung gilt für Indien. Indien hat immer den Grundsatz der Blockfreiheit verteidigt und war bedacht, sich bedeckt zu halten. Doch Delhi unterstützt Russland de facto, indem es auf Sanktionen verzichtet. Die Inder haben erkannt, dass dies eine Gelegenheit für sie ist, sich auf der internationalen Bühne zu behaupten und den alten angelsächsischen Kolonialismus zu beseitigen, dessen Opfer sie zwei Jahrhunderte lang waren.

Schliesslich ist auch in Afrika ein Erwachen zu beobachten. Viele afrikanische Länder neigen der russischen Seite zu, so auch Saudi-Arabien, obwohl es ein alter Verbündeter der USA ist. Nach dem Debakel in Afghanistan beginnt das Land nachzudenken und sich von den USA zu distanzieren. So ist es bereit, sein Öl in Yuan an die Chinesen zu verkaufen und nicht mehr in Dollar. Was Lateinamerika betrifft, so sieht man, dass Brasilien, Argentinien, Bolivien, Kuba, Venezuela, Nicaragua, aber auch Mexiko ziemlich positiv gegenüber Russland eingestellt sind.

Europa, Japan und die USA beglückwünschten sich selbst und sagten, sie hätten eine Heilige Allianz gegen Russland erreicht. Bei einem genaueren Blick auf die Weltkarte stellt sich die Situation jedoch ganz anders dar. Nur 37 Länder haben Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt, während 150 Länder sich davor gehütet haben.

Fazit: Dieser Krieg ist in seinem Spektrum und seiner Ausdehnung unbegrenzt, aber auch zeitlich. Ich denke, er wird andauern. Er wird nicht morgen enden. Die militärischen Operationen werden wahrscheinlich abnehmen und vielleicht in ein paar Wochen oder Monaten aufhören. Aber in den anderen Bereichen des Krieges – den wirtschaftlichen, kulturellen und ideologischen – wird er weitergehen. Der Konflikt markiert einen Wendepunkt, der das Ende der mit den Seemächten verbundenen neoliberalen Globalisierung und den Beginn einer neuen Form der Globalisierung ankündigt, die sich stärker auf die Kontinente konzentriert. Es ist der Anfang vom Ende der Dominanz des angelsächsischen Seeimperiums, von Grossbritannien und den USA, die Inseln sind, gegenüber den kontinentalen Mächten, die von Russland, China, Indien, Pakistan und dem Iran verkörpert werden und Landmächte sind. Wir erleben die Revanche der Kontinentalmächte gegenüber den Seemächten.

Neue Phase von Militäroperationen

Nun einige Worte zu den militärischen Operationen. Aus militärischer Sicht sind die Kämpfe in eine neue Phase eingetreten. Die Operationen konzentrieren sich auf den Osten der Ukraine und entfalten sich langsam, knabbernd, Schritt für Schritt. Nachdem die grosse militärische Infrastruktur der Ukraine – Flughäfen, Kommandozentralen, Depots und Waffenfabriken – in der ersten Phase zerstört worden war, besteht das Ziel der Russen nun darin,

den Grossteil der ukrainischen Armee zu zerstören, die sich im Donbass konzentriert, wo sie acht Jahre lang verstärkt werden konnte. Der Vormarsch ist langsam, weil die Russen die russischsprachige und slawische Bevölkerung, die in diesen Gebieten lebt, nicht massakrieren wollen. Im Gegensatz zu dem, was in unserer Presse zu lesen ist – in einem Krieg gibt es immer viele Opfer, und ich versuche nicht, den Krieg zu rechtfertigen – wollen die Russen nicht ihre eigenen Freunde töten, Bevölkerungen, die ihnen nahestehen. Das würde keinen Sinn ergeben, weshalb sie vorsichtig vorgehen. Sie wollen nicht die amerikanische Strategie anwenden, die darin besteht, massiv zu bombardieren und alles zu zerstören, bevor sie vorrücken. Wenn sie das täten, würden sie ihre eigenen Freunde massakrieren. Und die Schwierigkeit für die Russen besteht darin, dass die ukrainische Armee seit acht Jahren mit Hilfe amerikanischer, kanadischer und englischer Ausbilder reformiert und trainiert wird und dass die Truppe der Wehrpflichtigen sorgfältig von Aow-Vergeltungsbataillonen überwacht wird. Die ukrainischen extremistischen Nationalisten kontrollieren also die reguläre Wehrpflichtigenarmee und sind dafür verantwortlich, Soldaten auszuschalten, die sich ergeben wollen oder den Kampf meiden. Ihre Aufgabe ist um so leichter, als die Aow-schen Kämpfer Westukrainer sind, die die russischsprachigen und orthodoxen Slawen im Osten verachten. Sie sprechen Ukrainisch und nicht Russisch. Für sie ist es nicht schlimm, wenn Menschen aus dem Osten sterben.

Gleichzeitig wird der Ukraine nahezu unbegrenzte militärische Unterstützung in Form von Waffenlieferungen, Nachrichten-, Führungs- und Beratungsleistungen, Ausbildung von Soldaten auf ausländischem Hoheitsgebiet, von Cyberkrieg, Desinformation und psychologischen Operationen gewährt. Diese militärische und finanzielle Unterstützung aus den dreissig Nato-Ländern kann die Kämpfe nur verlängern und die Zahl der Opfer erhöhen.

Deshalb werden die Operationen vor Ort aus militärischer Sicht einige Zeit in Anspruch nehmen.

Warum Frieden kurzfristig kaum möglich ist

Ich komme nun zum zweiten Teil meines Beitrages: Wie wird das alles enden? Gibt es Hoffnung auf Frieden? Ich denke, das Frieden kurzfristig äusserst schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein wird. Zunächst einmal, weil die Ukraine bzw. die Regierung von *Selenski* nicht Frieden schliessen will und auch nicht schliessen kann. Warum ist das so? Es gibt ein Video aus dem Jahr 2019, das Selenski nach seiner Wahl bei einem Besuch im Donbass zeigt, wo er versucht, das *Minsker Abkommen*, das sein Land unterzeichnet hatte, durchzusetzen. Man sieht, wie er sich an das Aow-Bataillon wendet und die Offiziere auffordert, sich zurückzuziehen und die schwere Artillerie gemäss dem *Minsker Abkommen* 18 Kilometer hinter die Frontlinie zurückzuziehen. Auf dem Video ist dann zu sehen, wie die Anführer des Aow-Bataillons Selenski drohen und sich weigern, ihm zu gehorchen. Schlussfolgerungen: 1. nicht Selenski, sondern Aow regiert das Land und 2. Friedensverhandlungen bedeuten Lebensgefahr, wie sich im März zeigte, als ukrainische Todesschwadronen zwei der Kiewer Verhandlungsführer töteten, weil sie als zu friedensfreundlich ein-

Mario Draghi sucht die «totale Konfrontation mit Russland»

Sport, Kultur, Musik: Verbot von allem, was mit Russland zu tun hat

von Manlio Dinucci

In seinem Interview mit *Rete 4 Mediaset* hat der russische Aussenminister *Sergej Lawrow* eine Reihe von Themen angesprochen, die für Italien und Europa von grösster Bedeutung sind. Niemand in der italienischen und europäischen Politik hat sie jedoch zur Kenntnis genommen. Premierminister *Draghi* wies das Interview mit diesen Worten zurück:

«Wir sprechen über ein Land, Italien, in dem es Meinungsfreiheit gibt. Minister *Lawrow* gehört zu einem Land, in dem es keine Meinungsfreiheit gibt. Dieses Land, Italien, erlaubt es den Menschen, ihre Meinung frei zu äussern, auch wenn sie offensichtlich falsch und abwegig ist. Was Minister *Lawrow* gesagt hat, ist abwegig.»

Die italienische Regierung bestätigt damit nicht nur, dass sie Italien zu einem kriegerischen Land gemacht hat, das an vierter Stelle der Waffenlieferanten für die Kiewer Streitkräfte steht, sondern auch, dass sie die totale Konfrontation mit Russland sucht.

* *Manlio Dinucci*, preisgekrönter Autor, geopolitischer Analyst und Geograph, Pisa, Italien. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Centre for Research on Globalization (CRG).

Dies steht im Einklang mit dem, was in Europa und den Vereinigten Staaten geschieht, wo der Angriff auf alles Russische im Gange ist: Während russische Frauenfussballmannschaften von den Europameisterschaften ausgeschlossen werden, verweist die *Metropolitan Opera* in New York die russische Sopranistin *Anna Netrebko* des Landes, weil sie sich weigert, ihre Regierung zu verurteilen.

Gleichzeitig lädt die *RAI* zu *Porta a Porta* «die Frauen der Kämpfer des Asow-Bataillons» ein, das als eine Handvoll heldenhaften Widerstandskämpfer gegen die russischen Invasoren präsentiert wird.

An der Recycling-Kampagne der Neo-Nazis von Asow beteiligen sich auch *LA7* [ein privater italienischer Fernsehsender] und die grossen italienischen Zeitungen.

Das wahre Wesen des Asow-Bataillons, das jetzt zu einem Regiment von Spezialkräften aufgewertet wurde, zeigt ein Bericht des *Time*-Magazins von vor einem Jahr, bevor dasselbe Magazin das Blatt wendete und sich der internationalen Kampagne zur Unterstützung des Kiewer Regimes anschloss.

Ein Bericht von *Vittorio Rangeloni* aus Mariupol demontiert durch die Aussagen der

Einwohner von Mariupol selbst das vom italienischen und westlichen Mainstream gezeichnete Bild von Asow.

Unser Leben steht auf dem Spiel

Der Krieg schreitet voran, aber er ist nicht so, wie ihn der politisch-mediale Mainstream vor unseren Augen erscheinen lässt. Um dies zu verstehen, kann man nicht bei dem starren Bild dessen bleiben, was in der Ukraine geschieht. Man muss sich den Dokumentarfilm über die Ereignisse ansehen, die vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute zu der aktuellen Situation geführt haben.

Von entscheidender Bedeutung ist der Zeitpunkt, an dem die Vereinigten Staaten und die anderen westlichen Mächte nach dem Ende des Kalten Krieges mit dem Zerfall der UdSSR ihre unipolare Ordnung, ihre wirtschaftliche Hegemonie mit der Globalisierung, ihr einzigartiges Denken mit dem ausufernden Multimedia-Apparat durchsetzen, und die USA und die Nato diejenigen Staaten mit Krieg vernichten, die ihren Herrschaftsplänen im Wege stehen

Vor diesem Hintergrund findet die russische Militäroperation in der Ukraine statt. Sie

ist nicht nur eine Antwort auf die US-Nato-Eskalation, einschliesslich der nuklearen Eskalation, die Russlands Sicherheit gefährdet. Sie ist eine Antwort auf den Anspruch des Westens, eine unipolare Welt unter seiner eigenen Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Damit beginnt die Herausforderung der neuen historischen Periode, nämlich der Aufbau einer multipolaren Welt.

Es ist kein Zufall, dass der Mainstream nach dem täglichen terroristischen Hämmern auf die tödliche Bedrohung durch das Virus nun das tägliche terroristische Hämmern auf die tödliche Bedrohung durch Russland ausübt und Präsident *Putin* dämonisiert. Während die Europäische Union in selbstmörderischer Weise die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland kappt und jahrhundertalte kulturelle Brücken abbricht, ist es an den Völkern Europas, die nicht länger aufzuschiebenden Weichenstellungen vorzunehmen, von denen unsere Zukunft und unser eigenes Leben abhängen.

Quelle: Dieser Artikel wurde ursprünglich auf Italienisch auf *byoblu* veröffentlicht. Die Originalquelle für diesen Artikel ist *Global Research*, Copyright © Manlio Dinucci, www.globalresearch.ca vom 6.5.2022

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Europa kann nur verlieren»

Fortsetzung von Seite 1

gestuft und der Kollusion mit dem russischen Feind verdächtigt wurden.

Der zweite Grund ist, dass die Amerikaner, die die ukrainische Regierung beraten und lenken, ebenfalls keinen Frieden wollen. Ihre letzten Erklärungen waren diesbezüglich sehr deutlich. Und wie der ehemalige brasilianische Präsident *Lula da Silva* kürzlich sagte [vgl. Artikel auf Seite 6], wäre das dennoch von ihnen zu erwarten gewesen. Die USA werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um Russland zu ruinieren und ins 19. Jahrhundert zurückzuschicken (was die Russen zum Schmutzeln brachte, da Russland nie so gross war wie im 19. Jahrhundert!). *Joe Biden* hat noch ein weiteres Ziel vor Augen, nämlich die im November stattfindenden Zwischenwahlen zu gewinnen. Da er von den Republikanern als zu weich kritisiert wird, wird er auch zur Eskalation gedrängt und hat alles Interesse daran, den Krieg zu verschärfen, um in den Umfragen zu steigen und von seinem mehr als umstrittenen Management der nationalen Angelegenheiten und der Wirtschaft abzulenken.

Auch die Russen wollen jetzt keinen Frieden, insofern ihre militärischen und politischen Ziele noch nicht erreicht sind. Die Russen haben drei Bedingungen gestellt: Entnazifizierung, Neutralisierung und Anerkennung der Unabhängigkeit der Krim und des Donbass. Bisher wurden diese Ziele nur zu 50% erreicht. Das ist nicht ausreichend. Die Entmilitarisierung hat teilweise stattgefunden, aber die Donbass-Armee muss noch besiegt und vor allem die Neutralität der künftigen Ukraine erreicht werden. Auch das, was die Russen als Entnazifizierung bezeichnen, also die Beendigung der Kontrolle der nationalistischen extremen Rechten und der Asow über das politische und militärische Leben der Ukraine, ist auf halbem Wege. Der Sieg in Mariupol, der Hauptstadt der Asow, und die «Befreiung» der Küstenprovinzen waren wichtige Schritte, aber die Region Charkiw und der Rest des Donbass müssen noch «entnazifiziert» werden.

Butscha Brandbeschleuniger der Anti-Russland-Hysterie

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum ein Frieden unmöglich ist: Butscha und sein medienwirksames «Massaker». Als sich die Russen Ende März nach den Verhandlungen in der Türkei aus der Region Kiew zurückzogen, sahen sich die Russen mit dem Fall Butscha konfrontiert, der offensichtlich grösstenteils eine gekonnte Inszenierung ist. Es ist offensichtlich, dass die Opfer von Butscha an den Folgen des Krieges gestorben sind. Sie sind Kriegsgesopfe, und das ist eine Tragödie, die wir alle anerkennen müssen, vor allem, wenn es sich um Zivilisten handelt. Aber diese zivilen Opfer waren nicht notwen-

digerweise Ziel eines russischen Massakers. Diese Menschen wurden auch durch Bombardements getötet, insbesondere durch ukrainische Bombardements, da die Stadt von den Russen besetzt war und daher von der ukrainischen Armee bombardiert wurde und vier Wochen lang heftig umkämpft war.

Es ist möglich, dass es zu Übergriffen durch russische Soldaten gekommen ist. Solche gibt es in allen Kriegen, und es wäre erstaunlich, wenn es in Butscha während der wochenlangen Besetzung keine gegeben hätte. Daher sollte man diese Hypothese nicht ausschliessen. Es ist aber auch nicht auszuschliessen, dass es Zivilisten gab, die von den Todesschwadronen der Asow und der Safari-Gruppe massakriert wurden, die die Stadt in den zwei Tagen zwischen dem Abzug der russischen Truppen und dem Bekanntwerden des «Massakers» in Butscha durchkämmten. Es sei daran erinnert, dass diese ukrainischen Soldaten auf ihren Webseiten offiziell angekündigt hatten, dass sie «die Saboteure und Komplizen der Russen» eliminieren würden, die verdächtigt wurden, mit dem Feind paktiert zu haben, indem sie Kekse, Wasser oder Essen von den Russen annahmen.

All das bedeutet, dass es in Butscha mehrere Arten von Opfern gibt, die aus unterschiedlichen Gründen gestorben sind, die man aber ausschliesslich als durch die Russen begangene Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder sogar «Völkermord» einordnet. Selbst die Satellitenfotos, die entgegenkommenderweise von einer amerikanischen Firma im Auftrag des Pentagons zur Verfügung gestellt wurden, sind höchst verdächtig. Sicher ist hingegen, dass das Verbrechen, wenn es denn ein Verbrechen ist, ausschliesslich den Ukrainern und dem Westen zugute kommt. Dies verstärkt die Vermutung, dass es sich um eine Inszenierung oder zumindest um ein grobes Arrangement mit der Wahrheit handelt.

Denn der Fall und die anschliessende Mediatisierung mit ihrem Tross von Journalisten, die in Bussen herangefahren und von ukrainischen Offizieren betreut wurden, und ihren Prozessionen westlicher Politiker, die sich in einer Art makabrem Tourismus an den Ort des Geschehens begaben, werden dazu gedient haben, die europäische und ukrainische Öffentlichkeit gegen Russland zu hysterisieren. Die Warnung ist nun für jedermann klar: Die Ukrainer wissen, dass sie gnadenlos liquidiert werden, wenn sie mit den Russen zusammenarbeiten. Genauso wissen diejenigen, die sich im Osten und Süden auf die Seite der Russen gestellt haben, dass sie keine andere Wahl mehr haben: Jede Rückkehr zu einem von Nationalisten dominierten ukrainischen Regime ist ihnen bei Todesstrafe verboten.

Ich habe die gleiche Szene in Sarajewo während des Krieges 1993 erlebt, mit der gleichen Art von Drehbuchgestaltung, die für die westlichen Medien bestimmt war, und

den gleichen Auswirkungen auf die Kämpfer. Derartige Montagen dienen nur dazu, die Extremisten auf beiden Seiten zu stärken und zu Pogromen und Massakern zu führen. Sie wirken wie selbsterfüllende Prophezeiungen. Das Ziel ist es, beide Seiten unversöhnlich zu machen. Ich schenke auch individuellen Zeugnisaussagen, die im Fernsehen oder Radio ausgestrahlt werden, keinen grossen Glauben. Und wenn man im Fernsehen alte Damen sieht, die verkünden: «Ja, die Russen haben massakriert, haben dies und jenes getan», dann nehmen die europäischen Journalisten das für bare Münze: «Das sind Zeugnisaussagen über russische Kriegsverbrechen.» Aber wie soll man sie ernstnehmen, wenn man weiss, dass diese Überlebenden wahrscheinlich um ihr Leben fürchten, weil sie die Asow-Bataillone bei der Arbeit gesehen haben und wissen, dass diese kommen werden, um sie zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie nicht in der gewünschten Weise aussagen. Sie werden nicht das Risiko eingehen, in einem solchen Kontext die Wahrheit zu sagen.

Europa ohne Vernunft

Noch ein Wort zu Europa. Wir haben gesehen, dass die USA keinen Frieden wollen, denn solange der Krieg andauert, können sie ihr Gas, ihr Öl und ihre Waffen verkaufen und ihre Herrschaft über Europa festigen. Die Haltung der Europäer ist mir jedoch ein Rätsel. Ich verstehe das Interesse der Europäer nicht, hysterisch antirussisch zu werden, da sie objektiv gesehen einen Weg finden müssten, mit Russland zusammenzuarbeiten. Die deutsche Industrie und die französische Landwirtschaft werden ihr Öl, Gas und ihre Düngemittel viel teurer kaufen müssen und laufen Gefahr, nicht mehr wettbewerbsfähig zu sein. Europa wird noch mehr Geld ausgeben und sich noch mehr verschulden. Deutschland hat 100 Milliarden Euro für militärische Kredite angekündigt. Das ist ein ebenso grosser Verlust für die Bevölkerung. Ausserdem wird es fünf Millionen ukrainische Flüchtlinge in Europa finanzieren und versorgen müssen. Im Moment ist die Situation noch überschaubar, aber wie wird es in zwei Jahren aussehen? Ebenso wenig kann man Russland isolieren, da es in bezug auf Energie und Nahrungsmittelressourcen nahezu autonom ist und zudem weiterhin mit Ländern Handel treiben kann, die fast zwei Drittel der Menschheit repräsentieren.

Europa kann also nur verlieren. Die Art und Weise, wie es mit diesem Konflikt umgeht, zeigt die Schwäche und Inkompetenz seiner führenden Politiker, die keine strategische und langfristige Vision haben und nur unter dem Einfluss unmittelbarer Emotionen reagieren.

Schaden für Demokratie und Rechtsstaat

Abschliessend möchte ich sagen, dass ich glaube, dass dieser Krieg andauern wird. Er

wird nicht morgen enden. Da sich beide Seiten der Gefahr einer nuklearen Eskalation bewusst sind, werden wir es eher mit einem Krieg mittlerer Intensität zu tun haben, wie in Afghanistan und im Irak, der wahrscheinlich Jahre dauern wird.

Infolgedessen werden wir wieder ein zerteiltes Europa haben. Ein neuer Eiserner Vorhang wird errichtet werden, 1000 km weiter östlich als der vorherige. Das bedeutet, dass die langfristigen Spannungen nicht abnehmen werden. Eine weitere Folge ist das, was ich die Sowjetisierung unserer Staaten nenne. Der Westen sagt immer wieder, dass er den Krieg der Demokratie und der Menschenrechte gegen die russische Diktatur und den Faschismus führt. Das ist falsch, denn in Wirklichkeit ist mit einer Verhärtung auf beiden Seiten zu rechnen. Es wird eine Verhärtung des russischen Regimes geben, aber auch bei uns. Wenn man sich die Dinge genau ansieht, stellt man fest, dass man auch bei uns die Pressefreiheit abgeschafft hat, indem man russische Medien verbannt hat. Dabei handelt es sich aber um einen tiefen Eingriff in die Meinungs- und Pressefreiheit. Wenn ich ins Fernsehen gehe, um einen kritischen Standpunkt darzulegen, lässt man mich nicht zu Wort kommen. Auch das Recht auf Eigentum, das doch durch die Rechtsstaatlichkeit und die nationalen Verfassungen garantiert ist, wird schwer verletzt. Wenn 300 Milliarden Dollar, die dem russischen Volk gehören, konfisziert werden, und Milliarden von den Oligarchen, dann ist das eine Verletzung des Privateigentums, das als unantastbar gilt. Und ich spreche hier von unserem Haus, unseren Banken, der Schweiz und nicht von Moskau. All dies schadet den Menschen sehr, deren Rechte doch durch die Aufklärung und das Recht garantiert wurden. Es ist verständlich, dass man Sanktionen gegen Staaten verhängt, sofern dies im Einklang mit dem Völkerrecht steht, was hier nicht der Fall ist. Aber dass westliche Staaten, die als Vorbilder für die Einhaltung der Persönlichkeitsrechte gelten, sich so verhalten, das hat es in der demokratischen Geschichte der letzten Jahrhunderte noch nie gegeben. Die Länder, die solche Schandtaten begangen haben, waren Diktaturen. Das tat zum Beispiel Nazi-Deutschland, als es in den 1930er Jahren Juden ihres Vermögens beraubte, einzig unter dem Vorwand, dass sie Juden waren. Und doch ist es das, was Europa, unser Europa, heute gegenüber den Russen tut, nur unter dem Vorwand, dass sie Russen sind. Man kann nur hoffen, dass diese Handlungen nicht zu den tragischen Folgen führen, die wir in der Vergangenheit erlebt haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

¹ <https://www.antithese.info/videos-antithese/gabriel-galice>

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Ukraine – ein Krieg um den Globalismus

von Colonel Douglas Macgregor*



Douglas Macgregor
(Bild realclearpolitics.com)

Washingtons Stellvertreterkrieg in der Ukraine ist das globalistische Programm zur Überwindung der Kontinuität von Geschichte, Kultur und Geographie, die der Nationalstaat verkörpert.

Während der Luftangriffe im Kosovo 1999 sagte Präsident Bill Clinton den Amerikanern: «Darum geht es bei dieser Kosovo-Sache: [...] Es geht um Globalismus versus Tribalismus».

Im Jahr 1999 schenkten nur wenige Amerikaner Clintons Äusserungen Beachtung. Der Kosovo war ein weiterer Konflikt auf fremdem Boden, der wenig oder gar keine Bedeutung für das tägliche Leben in Amerika hatte. Offen gesagt, hat Clintons Verwendung des Wortes «Tribalismus» wahrscheinlich viele Amerikaner verwirrt. Für die meisten Amerikaner bedeutet «national gesonnen» die Hingabe an das Land, die Bereitschaft des US-Bürgers, in Krisen oder Konflikten die Bedürfnisse des Landes über die eigenen zu stellen. Amerikaner, die an der Nation orientiert sind, denken nicht stammesbezogen (tribal). Sie wollen die Vereinigten Staaten, ihre historischen Institutionen und die in ihren Gesetzen verankerten Rechte schützen und verteidigen und keine Kriege führen.

Seither hat sich der Begriff «Globalismus» weiterentwickelt und bedeutet weit mehr als Freihandel und Völkerverständigung. Heute werden der westliche Nationalstaat und die von ihm inspirierte Liebe zur Nation von Globalisten als Quelle von Vorurteilen, Ausschliesslichkeit und Krieg verurteilt. Rückblickend betrachtet, steht Clintons

Verwendung des Begriffs «Globalismus» in Kontinuität mit dem Stellvertreterkrieg der Biden-Regierung gegen Russland.

Für die gegenwärtig herrschende politische Klasse in Washington bedeutet Globalismus mehr als den Kauf von Produkten, die von billigen Arbeitskräften in nicht-westlichen Ländern hergestellt werden. Der von Washington angeführte Globalismus verspricht nun die Auflösung traditioneller politischer und sozialer Formen menschlicher Organisation – nationale Regierungen, Grenzen, Identitäten, Kulturen – und ersetzt sie durch eine Welt von Konsumenten, die nur durch ihre Abhängigkeit von amorphen Unternehmen, nicht rechenschaftspflichtigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und supranationalen Institutionen vereint sind.

Anders ausgedrückt: Globalismus ist jetzt gleichbedeutend mit der Auffassung der sich fortschrittlich gebenden Linken von der liberalen internationalen Sicherheitsordnung der Nachkriegszeit, die expandieren muss, um zu überleben. Washingtons Stellvertreterkrieg in der Ukraine ist das globalistische Vorhaben, die Kontinuität von Geschichte, Kultur und Geographie, die der Nationalstaat verkörpert, zu überwinden und ungleiche Völker zu homogenisieren, um den schnellen sozialen und technologischen Wandel zu vollziehen. In diesem Sinne passt die jüngste Aufforderung des ukrainischen Präsidenten *Wolodimir Selenski* an Washington und seine strategischen Partner, eine globale Kontrolle über die russischen Atomwaffen einzuführen, gut zu der progressiven globalistischen Vision der Regierung Biden.

Und genau da liegt das Problem. Staaten und ihre Völker entwickeln sich nicht im luftleeren Raum, und sie geben ihre Existenz nicht kampfflos auf.

Russlands nationale Identität und Kultur in Frage gestellt

Diese Punkte sollten Washington darauf aufmerksam machen, dass sein Stellvertreterkrieg für den Globalismus in der Ukraine die nationale Identität betrifft, eine dynamische Kraft, die die tiefsten menschlichen Empfindungen berührt. Doch es sind

nicht nur zwei Arten von Nationalbewusstsein, das ukrainische und das russische, die in Sprache, Kultur und Geschichte verwurzelt sind, die im Konflikt miteinander stehen. Washingtons Globalismus unter dem Deckmantel der Nato-Erweiterung stellt die russische nationale Identität und Kultur direkt in Frage. Russlands einzigartige geographische Rolle als Bindeglied zwischen der europäischen und der asiatischen Zivilisation sowie seine christlich-orthodoxe Kultur – ein Glaubenssystem, das in der derzeitigen russischen Staatsideologie und Aussen- und Sicherheitspolitik verankert ist – sind gefährdet.

Angesichts der von den USA geführten militärischen Interventionen der Nato auf dem Balkan, in Afghanistan und im Irak ist es grundsätzlich unehrlich, so zu tun, als sei das Vordringen der Nato an die russische Westgrenze harmlos. Weitaus gefährlicher ist es jedoch, die Tatsache zu ignorieren, dass die Nato-Expansion in die Ukraine nach Ansicht Moskaus untrennbar mit der Ausweitung des Globalismus auf Russland verbunden ist.

Die Erklärungen des amerikanischen Verteidigungs- und des Aussenministers, Washington wolle Russland «schwächen», machen deutlich, dass Washingtons angeblich wohlwollende «regelbasierte Ordnung» für Russland nicht von Vorteil ist. In der Tat bestätigen diese Äusserungen in den Köpfen der Russen lediglich die Überzeugung, dass die USA im Kampf der Ukraine für die Nato-Erweiterung ein Kriegsverbündeter sind.

Vielleicht noch wichtiger ist der Vorschlag, dass Polen, das sprichwörtliche Sorgenkind der Nato, der Ukraine sogenannte «Friedenstruppen» zur Verfügung stellen würde. Es ist für die Europäer kein Geheimnis, dass Polen fast 400 Jahre lang den grössten Teil der Ukraine beherrschte oder dass Moldawien, obwohl formal rumänisch, 300 Jahre lang ein Vasallenstaat des Osmanischen Reiches war. Washingtons offensichtliche Bereitschaft, revanchistische polnische Truppen in die Westukraine und möglicherweise revanchistische rumänische Truppen in Moldawien einzuschleusen, deutet darauf hin, dass Washingtons Globalisten alles tun werden, um Russland zu schaden, selbst wenn sie damit

die territorialen Ambitionen von Russlands historischen Feinden fördern.

Der Krieg stellt immer noch die Legitimität der Regierenden in den kriegführenden Staaten sowie die Widerstandsfähigkeit ihrer Gesellschaften auf die Probe. Diese Feststellung gilt für die Regierung Biden ebenso wie für die Regierungen von *Selenski* und *Putin*. Präsident Biden und seine Unterstützer im Capitol rühren in einem regionalen Topf, der schnell überkochen könnte, mit gefährlichen Folgen für Washington und seine Nato-Partner, denn Biden ist der Präsident der Finanzkrise, der Knappheit und der zunehmenden Kriminalität in Amerika und stellt seine vorsätzliche Ignoranz gegenüber Osteuropa und seinen Völkern zur Schau. Wie *Sigmund Freud* schon über Bidens «internationalistischen» Vorgänger *Woodrow Wilson* schrieb, hat auch Biden «die wunderbare Fähigkeit, Fakten zu ignorieren und zu glauben, was er will». Allerdings ist es heute viel schwieriger als 1917, die Amerikaner hinters Licht zu führen.

Washington hat den Krieg der Ukraine mit Russland viele Jahre lang aktiv kultiviert und den ukrainischen Nationalismus – eine auführerische Kraft, die die Globalisten angeblich verabscheuen – in den Dienst seiner Sache gestellt. Es hat funktioniert. Jetzt verlängern dieselben Globalisten den Krieg mit Waffen, Ratschlägen und Ermutigung, obwohl die Ukraine zerstört wird.

In den letzten 30 Jahren hat Washingtons Überbetonung der militärischen Unterstützung und Intervention bei der Verfolgung von Regimewechseln die USA in Konflikte und Krisen auf dem Balkan, im Nahen Osten, in Nordafrika und Südwestasien hineingezogen. Amerikaner mit Nationalbewusstsein sind nicht für den aktuellen Krieg in der Ukraine oder die letzten drei Jahrzehnte der selbstzerstörerischen Kriege Washingtons verantwortlich. Aber Amerikaner mit Nationalbewusstsein werden jetzt mehr denn je gebraucht, um den globalistischen Krieg gegen Russland zu stoppen, bevor sich dieser Krieg wie ein Krebsgeschwür über Osteuropa ausbreitet. •

Quelle: *The American Conservative* vom 4. Mai 2022; Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Nicht in unserem Namen»

Offener Brief US-amerikanischer Bürgerinnen und Bürger an den US-Präsidenten Joe Biden

Sehr geehrter Herr Präsident

Die Unterzeichner sprechen sich entschieden und unmissverständlich gegen Ihre Politik gegenüber der Ukraine aus. Ihre Strategie treibt die Welt immer näher an einen Atomkrieg mit Russland und an einen weiteren Weltkrieg heran. Kürzlich haben Sie den Kongress um noch mehr Geld für die Ukraine gebeten, um ihr zu helfen, mehr Waffen für den militärischen Konflikt mit Russland zu kaufen. «Wir müssen also Waffen, Finanzmittel und Munition bereitstellen, damit die Ukraine ihre Arbeit fortsetzen kann», sagten Sie am 28. April, als Sie um weitere 33 Milliarden Dollar an Steuergeldern zur Unterstützung der Ukraine baten. «Robuste Militärhilfe» für die Ukraine ist Ihr Ausdruck. *Reuters* berichtete, dass «Präsident *Joe Biden* den Kongress um 33 Milliarden Dollar zur Unterstützung der Ukraine bat» und dies «eine dramatische Eskalation der US-Finanzierung für den Krieg mit Russland» nannte. Gleichzeitig forderte das von den USA geführte Nato-Treffen am 27. April in Ramstein (Deutschland) die Nato-Mitglieder auf, der Ukraine mehr militärische Unterstützung zukommen zu lassen, wobei Deutschland versprach, 50 selbstfahrende Gepard-Flugabwehrwaffen zu schicken. Wir lehnen Ihre verschärfte Eskalation dieses Konflikts als gefährlich und als Provokation ab.

Die Antwort aus Russland? Nur wenige Tage vor Bidens Appell an den Kongress reagierte der russische Aussenminister *Sergej Lawrow* auf die vermehrte militärische Unterstützung der Ukraine durch die USA mit der Aussage, es bestehe ein «ernsthafte» Risiko eines Atomkriegs wegen des Konflikts. «Es ist real. Es sollte nicht unterschätzt werden», erklärte er.

Wollen wir einen Atomkrieg mit Russland wegen eines regionalen Konflikts in Osteuropa riskieren?

Der unabhängige Journalist *Glenn Greenwood* erklärte erst kürzlich: «Wie auch immer man zu den moralischen Dimensionen dieses Krieges stehen mag, es ist schwer zu leugnen, dass dies der gefährlichste Moment in der US-Aussenpolitik seit zwei Jahrzehnten ist. Jede Woche wird die Verwicklung der USA/Nato in den Krieg intensiver, während Russland ausdrücklich vor einem Atomkrieg warnt. Wozu?»

Wir erklären hiermit, dass Ihre Eskalation dieses Konflikts als Präsident der Vereinigten Staaten nicht in unserem Namen erfolgt ist.

Sie haben auch nicht in unserem Namen gehandelt, als Sie als Vizepräsident der Vereinigten Staaten an dem Staatsstreich 2014 in der Ukraine beteiligt waren, der die offiziell gewählte Führung der Ukraine stürzte. Damals enthüllte ein Telefongespräch Ihrer Mitarbeiterin *Victoria Nuland* (stellvertretende Aussenministerin unter Präsident *Barak Obama*), wie sie erörterte, welche Führungskräfte in die neue Regierung in der Ukraine eingesetzt werden sollten. Die Niederschrift dieses Gesprächs enthüllte auch Ihre eigene direkte Beteiligung an dieser Einmischung in einen fremden Staat. Diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer souveränen Nation geschah ebenfalls nicht in unserem Namen.

Sie haben dieselbe Beamtin, *Victoria Nuland*, jetzt zur Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten ernannt. In dieser Position musste sie kürzlich zugeben, dass die Ukraine tatsächlich über Biolabore verfügt und dass die USA in diese involviert sind und besorgt darüber sind, was Russland mit dem gefährlichen Material machen würde, sollte es dies in die Hände bekommen. «Die Ukraine verfügt über biologische Forschungseinrichtungen, von denen wir be-

fürchten, dass die russischen Truppen versuchen könnten, die Kontrolle darüber zu erlangen», sagte *Nuland*. «Wir arbeiten also mit den Ukrainern daran, wie sie verhindern können, dass diese Forschungsmaterialien in die Hände der russischen Streitkräfte fallen, sollten diese sich nähern.» Einige dieser ukrainischen Biolabore sind diejenigen, in die Ihr eigener Sohn *Hunter Biden* nur wenige Monate nach dem US-geführten politischen Putsch in der Ukraine im Jahr 2014 über das US-Unternehmen *Metabiota*, das mit dem Verteidigungsministerium zusammenarbeitet, Geld investiert hat. Kürzlich wurden weitere Beweise vorgelegt, die die Beteiligung der USA an ukrainischen Biolabors belegen.

Diese absonderliche und beunruhigende Beteiligung der USA an Biolabors an der Grenze zu Russland – mit direkter Beteiligung Ihrer eigenen Familie – geschieht auch nicht in unserem Namen.

Und lassen Sie uns auch daran erinnern, dass die Vereinigten Staaten keinen guten moralischen Ruf haben, wenn es um die Verurteilung illegaler Angriffskriege geht. Die jüngste Geschichte der USA zeigt ein Muster mehrfacher militärischer Invasionen in souveräne Staaten – oder der militärischen und taktischen Unterstützung anderer dabei – am deutlichsten bei der illegalen Invasion des Irak 2003 mit Hunderttausenden von zivilen Opfern, aber auch in Afghanistan, Libyen und Syrien.

In diesem gefährlichen Augenblick der Geschichte müssen die USA ihre Macht nutzen, um eine Kraft für einen gerechten Frieden zu werden, indem sie Russland und die Ukraine dazu drängen, an den Verhandlungstisch zu kommen, um sich auf Kompromisse zu einigen, die den Frieden in der Region ermöglichen und sichern würden.

Die USA sollten sich nicht auf eine Politik der Konfliktverschärfung mit Russland einlassen, die zum Tod von Millionen unschuldiger Menschen führen könnte. Die Häufung von Provokationen hat schwerwiegende Folgen.

Unterzeichner:

Dr. *Chuck Baldwin*, Pastor, Autor, Kolumnist, Moderator einer Radio-Talkshow, Präsidentschaftskandidat; *Donna F. Bethell*, Esq.; *Walter E. Block*, Ph.D.; *Harold E. Wirth*, Eminent Scholar Stiftungslehrstuhl und Professor für Wirtschaftswissenschaften Loyola University New Orleans; Dr. *Peter Chojnowski*, Philosoph und Direktor von Sister Lucy Truth; *Patrick Delaney*, Journalist; *Matt Gaspers*, Geschäftsführender Redakteur, Catholic Family News; Der Hochwürdigste Bischof *René Gracida*; *Carrie Gress* und *Noelle Mering*, TheologyofHome.com, Stipendiaten, Ethics&Public Policy Center; Studenten des Instituts für Humanökologie, CUA; Dr. *Robert Hickson*, (USA ret.), Professor für Literatur und Militärgeschichte im Ruhestand; Dr. *Maike Hickson*, Journalistin; *Steve Jalsevac*, Mitbegründer von LifeSiteNews.com; *Jim Jatras*, ehemaliger US-Diplomat im Ruhestand, aussenpolitischer Berater für den GOP-Senat [Grand Old Party: Republikaner]; *Jason Scott Jones*, Filmproduzent, Gründer des Vulnerable People Project, Gastgeber der Jason Jones Show; Dr. *Clifford A. Kiracofe*; *Jack Maxey*, Journalist und politischer Analyst; *Brian M. McCall*, Chefredakteur, Catholic Family News; *Eugene G. McGuirk*, BA, MA, MBA, Diakon und Erzieher; *Eric Metaxas*; *Andrew P. Napolitano*, ehemaliger Jurist, Verfassungswissenschaftler und Rechtskommentator; *Peter David Nix*, Diözesan-Eremit; *Jack Posobiec*, Redakteur, Human Events; *Eric Sammons*, Chefredakteur, Crisis Magazine; Dr. *Michael Sirilla*, Theologieprofessor, Franziskanische Universität Steubenville; *Beverly Stevens*, Zeitschrift REGINA; *Frank Walker*, Herausgeber, Canon212.com; *John-Henry Westen*, Mitbegründer und Chefredakteur von LifeSiteNews.com; *Sir Owen Samuel Whitman*, GCS, politischer Kommentator und Berater; *Michael Yon*, Kriegskorrespondent/Autor; *Elizabeth Yore*, Esq., Gründerin, YoreChildren; *John Zmirak*, Ph.D., leitender Redakteur, The Stream

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

USA, Nato, EU, Ukraine und Russland

Was passierte vor dem 24. Februar 2022?

von Karl-Jürgen Müller

Seitdem es Kriege gibt, wird dem Feind immer nur das Schlimmste vorgeworfen. Jeder, der mit den Stellungnahmen unserer Politiker, unserer Medien usw. konfrontiert wird, sollte das berücksichtigen. Aber die Eskalation des Feindbildes dient nicht dem Frieden. Diejenigen, die um Frieden bemüht sind, suchen deshalb andere Wege.

Wenn gegenwärtig beim Vergleich der zugänglichen russischen mit den Stellungnahmen aus der Ukraine und aus unseren Ländern auffällt, dass die russischen weit weniger aggressiv ausfallen als diejenigen aus der Ukraine und aus dem «Westen», dann ist dies auch ein Hinweis darauf, dass Russland die Türen für eine Verhandlungslösung offenhält, während der «Westen», d. h. die Nato-Staaten und deren Verbündete – auch einflussreiche Kräfte in der Schweiz – bislang ganz auf Krieg setzen.

Dass unsere Länder Kriegspartei sind und dass unsere Medien dabei eine treibende Kraft sind, hat einmal mehr der ukrainische Botschafter in Deutschland, *Andrei Melnyk*, mit seinem Auftritt beim deutschen *Bundespresseball* am 29. April gezeigt. Hier mag der Hinweis auf seinen Tweet vom 30. April genügen:

«Liebe deutsche Journalistinnen und Journalisten, herzlichen Dank für Ihre unermüdliche Arbeit. Nur mit Ihrer Hilfe und Unterstützung kann die Ukraine diesen Krieg gewinnen.»

Aber es sei auch noch ein Antwort-Tweet eines Dr. *Uwe Schmidt* zitiert:

«Sie, Herr Melnyk, sind Politiker. Sie haben von Ihrem Präsidenten die Aufgabe, Geld und Waffen zu beschaffen. Wenn ein Politiker wie Sie Journalisten dankt, dann sollte das ein Alarmsignal für unabhängige Journalisten sein: Hat man sich für politische Zwecke einspannen lassen?»

Wo sind die seriösen Untersuchungen?

Als Bürger wünscht man sich seriöse Untersuchungen über die tatsächlichen Ursachen

und Anlässe des Krieges in der Ukraine. Anlässe und Ursachen müssen nämlich bekannt sein, damit man nicht nur abstrakt, sondern auch konkret nach so etwas wie einem gerechten Frieden streben kann.

Das grosse Problem bei der Suche nach den tatsächlichen Anlässen und Ursachen ist, dass viele Unterlagen und Dokumente, die für eine solche Forschungsarbeit notwendig wären, derzeit noch nicht zugänglich sind. Sollte es deshalb nicht selbstverständlich sein, eher zurückhaltend zu sein, wenn vom einem verlangt wird, noch während eines Kriegsverlaufes feste Urteile über Kriegsgründe und Kriegsverlauf, geschweige denn Kriegsschuldige zu formulieren?

Was wir bislang wissen können

Schon jetzt ist aber einiges über den Krieg in der Ukraine, seine Ursachen und Anlässe bekannt. Im folgenden einige Hinweise, denen gründliche Untersuchungen folgen sollten.

1. Ein Krieg mit weltweiten Dimensionen

Der Krieg in der Ukraine lässt sich nicht angemessen erfassen, wenn er auf eine allein russisch-ukrainische Auseinandersetzung reduziert wird. Vielmehr ist dieser Krieg die verhängnisvolle Zuspitzung eines schon viele Jahre währenden Konfliktes zwischen den USA, der Nato und der EU auf der einen und Russland – aber nicht nur Russland – auf der anderen Seite. Der Kalte Krieg wurde 1990/1991 – trotz zahlreicher öffentlicher Bekenntnisse und Hoffnungen der Menschen überall auf der Welt – nicht wirklich beendet. Die US-Regierung und ihre Verbündeten versuchten in den neunziger Jahren, Russland – das grösste Land innerhalb der aufgelösten Sowjetunion und weiterhin atomar bewaffnet – zu steuern und zu kontrollieren, weiter zu schwächen («Schock-Strategie») und in die neoliberale Globalisierung einzubinden, seine Rohstoffe auszubeuten und es notfalls in verschiedene Teile zu zerlegen. Eine von Vorurteilen geprägte westliche Stimmungsmache gegen Russland («Feindbild Russland»), die sich schon vor dem 24. Februar 2022 zu einer regelrechten Hetzkampagne entwickelt hatte,

knüpfte mehr oder weniger unmittelbar an die westliche Rhetorik des Kalten Krieges an.

2. Die Nato wurde zum Angriffsbündnis

Die politische Führung Russlands war in den neunziger Jahren nicht in der Lage, dem Machtanspruch der USA und ihrer Verbündeten etwas entgegenzusetzen. Russland betrachtete die Nato-Ost-Erweiterung zwar schon in den neunziger Jahren als gegen Russland gerichtet und als Gefährdung für den Frieden, als Ausdruck US-amerikanischer Weltherrschaftspläne, konnte damals aber nicht gegensteuern. Spätestens im Jahr 1999 mit dem Nato-Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und der während des Krieges neu formulierten Nato-Strategie erkannte die politische Führung Russlands, dass die Nato ein Angriffsbündnis geworden war, das den Weltherrschaftsplänen der USA dienen sollte. Die Nato-Ost-Erweiterung war ein wesentlicher Teil dieser Herrschaftspläne.

3. Russland versucht seit 20 Jahren gegenzuhalten

Die neue politische Führung Russlands ab dem Jahr 2000 bemühte sich vorrangig um den inneren Wiederaufbau des Landes nach den katastrophalen neunziger Jahren und das Zurückdrängen der US-amerikanischen Einflussnahme innerhalb des Landes. Sie widersprach zunehmend der Weltmachtspolitik der USA und sorgte – nicht zuletzt in Anbetracht der US-amerikanischen Kündigung wichtiger Rüstungskontrollverträge – für ein Wiedererstarken der russischen militärischen Fähigkeiten. Und auch aussenpolitisch hat Russland seine Beziehungen und seinen Einfluss in den vergangenen 20 Jahren ausgebaut: in Afrika, im Nahen Osten, in Zentralasien und auch im östlichen Teil Asiens.

Obwohl die US-Regierung und mit ihr Islamisten aus verschiedenen Ländern in den beiden Tschetschenien-Kriegen auf der Seite der Gegner Russlands standen, unterstützte die russische Regierung 2001 noch den Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan. Aber beim Angriffskrieg der USA und ihrer «Koalition der Willigen» gegen den Irak 2003 war dies schon anders. Damals fand die russische Position noch die Unterstützung der deutschen und französischen Regierung.

Markstein für die offene und grundlegende russische Kritik an der US-Aussenpolitik war die Rede des russischen Präsidenten *Putin* auf der *Münchener Sicherheitskonferenz* 2007. *Wladimir Putin* sprach vom Streben der USA nach einer «monopolaren Weltherrschaft» und befand dies «für die Welt als unannehmbar». Er kritisierte die Nato-Ost-Erweiterung und warnte die Nato vor «ungezügelter Militäranwendung». Die Nato habe «Garantien, die uns [Russland] gegeben wurden, [...] nicht eingehalten». Das von den USA geplante Raketenabwehrsystem in Europa bedrohe Russland.

Zugleich bemühte sich die politische Führung Russlands weiterhin um gute Beziehungen zu den anderen europäischen Staaten, zur EU und insbesondere zu Deutschland. Der intensive Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen war ein wesentlicher Teil guter Beziehungen, die im Bereich Wirtschaft auch von den europäischen Staaten gesucht wurden. Die politische Führung Russlands sprach von einem gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok.

4. Farbige Revolutionen, extreme Nationalisten und neue Nato-Mitglieder

2008 versprach die Nato zwei weiteren Staaten, die direkt an Russland grenzen – die Ukraine und Georgien –, die Nato-Mitgliedschaft, auch wenn direkte Beitrittsverhandlungen wegen deutschem und französischem Widerspruch vorerst nicht stattfanden. Wenige Jahre zuvor war die politische Führung in Georgien (2003) und 2004 auch in der Ukraine durch sogenannte «Farbige Revolutionen» gestürzt worden. Die neuen Regierungen waren prowestlich und russlandfeindlich. Der in der Ukraine an die Macht gekommene neue Präsident *Juschtschenko* förderte den extremen ukrainischen Nationalismus und erklärte *Stepan Bandera* 2010 sogar zum «Held der Ukraine». Ban-

dera hatte während des Zweiten Weltkrieges, zeitweilig an der Seite der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion gekämpft, und seine *Organisation Ukrainischer Nationalisten* (OUN) war an der Ermordung der ukrainischen Juden aktiv beteiligt.

Die politische Führung Russlands signalisierte deutlich ihren Widerstand gegen eine Nato-Mitgliedschaft Georgiens und insbesondere der Ukraine. Im kurzen Georgien-Krieg 2008 zeigte Russland – wie auch später mit der militärischen Unterstützung für die syrische Regierung –, dass es bereit ist, im Konflikt mit einer gegen Russland gerichteten US-Politik auch ausserhalb seiner Landesgrenzen gegebenenfalls militärische Mittel einzusetzen.

5. Ukraine – ein Instrument der US-Politik

Schon in den neunziger Jahren war die Ukraine für die USA ein wichtiges Instrument zur Schwächung Russlands. Die Thesen des ehemaligen US-amerikanischen Sicherheitsberaters *Zbigniew Brzezinski* geben einen Hinweis darauf. Die USA haben schon in den neunziger Jahren versucht, die Ukraine zu einem Land ihres Einflussbereiches zu machen und dafür auch sehr viel Geld investiert. Das Land selbst hat sich, obwohl eigentlich reich an sehr gutem Ackerland und Industriepotential, nach seiner Eigenstaatlichkeit 1991 wirtschaftlich – bis heute – nicht erholen können. Die Korruption im Land war und ist ein sehr grosses Problem und trug – gepaart mit einem wirtschaftlichen Niedergang – ganz wesentlich zu einer grossen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihrer politischen Führung bei, egal, ob diese prorussisch oder prowestlich war. Diese Unzufriedenheit war sowohl 2004 bei der «Orangen Revolution» (massive Proteste erzwangen eine Wiederholung der Präsidentenwahlen, und statt des beim ersten Wahlgang erfolgreichen und eher russlandfreundlichen *Viktor Janukowitsch* wurde nun der eher US-freundliche Kandidat *Viktor Juschtschenko* gewählt) als auch 2013/2014 bei den Maidan-Protesten (die zum gewaltsamen Sturz des 2010 gewählten Präsidenten *Janukowitsch* führten) der Ansatzpunkt für die westliche Politik des Umsturzes.

Besonders 2014 war die aktive Beteiligung der USA und auch der EU am Staatsstreich unübersehbar. Ziel war, eine prowestliche und antirussische Regierung einzusetzen. Auch die von der EU geplante «Östliche Partnerschaft» mit der Ukraine zielte auf einen Ausschluss und damit eine Schwächung Russlands. Dabei bediente man sich in erheblichem Ausmass extrem nationalistischen

Fortsetzung auf Seite 6

Neokonservative Ziele

von Oliver Stone

Ich verfolge die Situation in der Ukraine seit 2014 mit *Robert Parry* als meinem Lehrmeister. Ich habe die Brandanschläge in Odessa, die Verfolgungen ohne rechtliche Grundlage und die Ermordung von Journalisten, Bürgermeister, Politikern und Bürgern verfolgt. Ich habe das Verbot der wichtigsten Oppositionspartei verfolgt, die in den Umfragen besser abschnitt als die Regierung *Selenski*. Ich war schockiert über den schieren Hass, der sich gegen die russisch-ukrainische Minderheit richtet. Es ist eine lange und traurige Geschichte, die sich aus dem von den USA mitinitiierten Staatsstreich von 2014 entwickelt hat, welcher die Ukraine ihrer Neutralität beraubte und sie lautstark antirussisch machte; in den acht Jahren seither wurden etwa 14 000 unschuldige Menschen in der Ukraine getötet, worüber unsere Medien nicht ernsthaft berichtet haben.

Ich habe in den letzten Wochen mit wachsender Besorgnis beobachtet, wie *Victoria Nuland* wieder einmal aus heiterem Himmel auftauchte und die Russen und uns – das Zielpublikum – warnte, dass, wenn die Russen eine wie auch immer geartete nukleare Waffe einsetzen, die Hölle los sein werde. Diese Warnung wurde in den folgenden Tagen von einer Reihe von Regierungsvertretern und Fernsehendern aufgegriffen, die die gleiche Idee verbreiteten: Russland wird nuklear. Und das alles, nachdem *Putin* die russische Nuklearpolitik, die im übrigen nicht so aggressiv ist wie unsere nukleare Position, erneut bekräftigt hat. Ich habe mich gefragt, warum dies immer und immer von neuem wiederholt wird. Zunächst gab es all die Anschuldigungen wegen Kriegsverbrechen, die schnell und heftig kamen und ernsthafte Untersuchungen und Beweise erfordern.

Ich frage mich daher, ob die USA die Voraussetzungen für eine nukleare Explosion mit

geringer Sprengkraft und unbekanntem Ursprung irgendwo in der Donbass-Region schaffen, bei der Tausende von Ukrainern getötet werden? Wenn das passiert, Gott bewahre, würden natürlich alle Augen der Welt wie ein Pawlowscher Hund darauf trainiert sein, Russland die Schuld zu geben. Diese Schuld wurde bereits im voraus festgelegt, unabhängig davon, wer den Sprengkörper abschießt. Dieser Einsatz würde sich mit Sicherheit auf die verbleibenden 50% der Weltöffentlichkeit auswirken, die nicht dem westlichen Lager angehören. Russland wäre der Satan, der Beelzebub. Bedenken Sie, dass es schwer ist, zu wissen, von wo aus ein nuklearer Sprengsatz abgefeuert wird, insbesondere in einer schnelllebigen Situation wie diesem Krieg, in dem Russland offenbar jedes noch so absurde Verhalten vorgeworfen werden kann. Es würde wahrscheinlich ein paar Tage dauern, die Wahrheit herauszufinden, aber die Wahrheit ist nicht wichtig. Die Wahrnehmung ist wichtig, und die USA führen einen Wahrnehmungskrieg mit grossem Geschick und stumpfer Gewalt, indem sie den CNN/Fox-Sender und unsere Satellitenländer in Europa und Asien überschwemmen, wie ich es noch nie erlebt habe.

Damit wären wir einen Schritt näher an dem, was wir uns von einem weiteren *Jelzin* erhoffen, der unserem Land eine weitere grosse ideologische und wirtschaftliche Chance eröffnen kann. Aber was noch wichtiger ist, wir isolieren damit China von Russland. Natürlich wäre China das nächste Ziel, wenn Russland fällt. Das ist, glaube ich, das Traumszenario der neokonservativen Anarchisten in unserer Regierung, um das zu schaffen, was sie für eine bessere «regelbasierte Welt» halten.

Quelle: Facebook-Eintrag von Oliver Stone am 2.5.2022

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,

Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung

des Völkerrechts, der Menschenrechte

und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenhaid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.

Besinnen wir uns zurück auf die Bedeutung der Neutralität

Gespräch mit Nationalrat Franz Grüter, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates



Franz Grüter (Bild zvg)

mw. Schweizer Sanktionen gegen russische Vermögen haben Hochkonjunktur. Am 3. Mai 2022 hat die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N) mehreren Gesetzesänderungen zugestimmt, die unter anderem den Bundesrat, also die

Exekutive, dazu ermächtigen würden, «eigenständig» weitgehende Sanktionen und Zwangsmassnahmen gegen Einzelpersonen und Unternehmen zu erlassen. Am 8. Mai überrundete die Sozialdemokratische Partei der Schweiz diese rechtsstaatlich fragwürdigen Forderungen noch und kündigte eine Motion im Nationalrat an: Laut Co-Präsidentin Mattea Meyer soll die Schweiz gemäss der Tagespresse Vermögen von sanktionierten russischen Personen und Unternehmen nicht nur einfrieren, sondern enteignen und der Ukraine für den Wiederaufbau des Landes übergeben!

Heute, wo leider auch in der Schweiz manche Politiker und die meisten Medienredaktionen ihren Kompass nicht mehr auf das Neutralitätsprinzip ausrichten und bereit sind, rechtsstaatliche Grundsätze in den Wind zu schlagen, ist es eine Wohltat, mit einem Parlamentarier wie Franz Grüter sprechen zu können, der auch in der heutigen Zeit seine Erdung im Schweizer Staatsmodell nicht verliert. Franz Grüter ist seit 2015 Nationalrat (SVP Luzern) und Unternehmer im IT-Bereich.

Zeit-Fragen: Herr Nationalrat Grüter, Sie sind seit kurzem Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates (APK-N). Was ist Ihre Aufgabe als Kommissionspräsident? Ist es in der heutigen Stimmung nicht eher schwierig, dieses Amt auszuüben?
 Franz Grüter: Ja, als ich diese Funktion Anfangs Januar übernommen habe, bin ich davon ausgegangen, dass das Europa-Dossier weiter im Zentrum der Schweizer Aussenpolitik stehen wird. Sechs Wochen später geschah etwas, was niemand erwartet hat: Die Ukraine-Krise eskalierte zu einem Krieg. Wir haben eine völlig neue Situation, und ich geriet in meiner Funktion als Präsident der Aussenpolitischen Kommission quasi in das Auge des Hurrikans. Bis heute spüre ich, wie sehr die Stimmung aufgewühlt ist, wie Grundsatzfragen über Nacht andere Prioritäten erhalten, wie die Neutralitätsfrage plötzlich ins Zentrum einer neuen Grundsatzdiskussion gestossen wurde. Für mich ist es eine sehr intensive Zeit, wahrscheinlich auch weiterhin. Jetzt werden wir dann noch Mitglied des Uno-Sicherheitsrates, auch dies eine umstrittene Frage. Ich übe die Funktion als APK-Präsident für zwei Jahre aus, also bis Ende 2023, und all dies geschieht während meiner Amtszeit.

In der Kommissionssitzung vom 3. Mai 2022 ging es unter anderem um die Ermächtigung des Bundesrates, «eigenständig Sanktionen zu ergreifen». In der Medienmitteilung war von einem «Paradigmenwechsel» die Rede. Können Sie die Vorstösse, die die APK-N beschlossen hat, kurz umreissen?

Wir haben das Embargogesetz beraten, es regelt unter anderem die Kompetenzen des Bundesrates, wenn es um Sanktionen geht. Bis anhin konnte der Bundesrat nicht eigenständig Sanktionen anordnen, ausser wenn die Schweiz in einer derart aussergewöhnlichen Situation gewesen wäre, dass er unter Notrecht hätte Sanktionen anordnen können. Aber am 3. Mai hat die Kommissionmehrheit einen Paradigmenwechsel beschlossen – Paradigmenwechsel ist tatsächlich das richtige Wort. Darüber wird natürlich das Parlament entscheiden, im Juni wird sich zuerst der Nationalrat damit befassen. Die APK will, dass der Bundesrat neu in eigener Kompetenz Sanktionen anordnen kann, und zwar nicht nur gegen Staaten, sondern auch gegenüber Personen und «Entitäten», also Unternehmen. Das wirft viele Fragen auf, wie sich das mit dem Neutralitätsrecht verträgt, wie weit dieses tangiert wird. Weil viele sich dessen bewusst sind, hat die Kommission auch beschlossen, dass wir das Thema Neutralität als Schwerpunkt auf die Agenda nehmen

«Das ist eigentlich ein alter Führungsgrundsatz: Man sollte nie, wenn man in einer emotional extrem aufgeladenen Stimmung ist, kurzfristig Entscheidungen fällen, die eine Langzeitwirkung haben, denn das sind in der Regel keine guten Entscheidungen.»

müssen. Nach der Sommerpause werden dazu Anhörungen stattfinden.

Neben der Neutralität werden doch auch Grundrechte tangiert, wenn man das Eigentum der Leute beschlagnahmt.

Ja, das sind auch rechtsstaatliche Fragen, wenn man quasi ohne Gerichtsurteile Enteignungen vornimmt. Da müssen wir aufpassen, dass wir unsere rechtsstaatlichen Grundsätze, die Rechtssicherheit, die Eigentumsgarantie, nicht einfach über den Haufen werfen.

Die Kommissionsminderheit – ich nehme an, dass Sie dazu gehören – hat versucht, gegen die Missachtung des Neutralitätsgebots dagegenzuhalten. Gibt es auch Parlamentarier anderer Fraktionen neben der SVP, die Gesetzesänderungen wollen?

Hier bin ich leider als Kommissionspräsident ans Kommissionsgeheimnis gebunden. Wir sagen nicht, wer sich wie dazu geäussert und wer wie abgestimmt hat.

Nato: «Die Schweiz darf da nicht mitmachen, sonst ist sie schlicht und einfach nicht mehr neutral»

Einige Schweizer Politiker und Medien nutzen die aktuelle Situation, um sich der Nato weiter anzunähern, über die «Partnership for Peace» hinaus. Wie sehen Sie das als Schweizer Offizier?

Diese Frage hängt ja auch mit der Neutralität zusammen. Die Schweiz wurde in den letzten 200 Jahren auch dank der Neutralität vor blutigen Konflikten bewahrt. Aus meiner Sicht ist die Neutralität ein wichtiger Stützpfiler der Schweizer Aussenpolitik. Sie hat uns als Kleinstaat immer wieder ermöglicht, nicht nur sicher zu bleiben, sondern auch ein Ort zu sein, wo Streitparteien sich hinwenden konnten, wo man vermittelt, auf neutralem Grund. Das ist natürlich nur möglich, wenn wir nicht Partei ergreifen, wenn wir nicht selbst in einen Konflikt hineingehen. Die Nato war ein Verteidigungsbündnis, hat aber in der Vergangenheit auch offensiv Krieg geführt, so in Serbien. Die Schweiz darf da nicht mitmachen, sonst ist sie schlicht und einfach nicht mehr neutral. Das Programm PfP ist wahrscheinlich noch akzeptabel, dort sind wir ja schon länger dabei, aber alles, was darüber hinausgeht, ist sehr, sehr heikel. Stand heute würde ein näherer Anschluss an die Nato sicher die Neutralität massiv gefährden.

Alt Botschafter Paul Widmer sagt, schon der Beitritt der Schweiz zur PfP sei aus neutralitätsrechtlicher Sicht fragwürdig gewesen.

In gewissen Bereichen – wenn ich an die Cyber-Sicherheit oder den Nachrichtendienst denke – gibt es heute Austausch, der möglicherweise Sinn macht. Auch haben wir Rüstungsgüter von westlichen Staaten eingekauft, auch jetzt den F-35. Rein technologisch könnten wir uns in diese Systeme einbinden lassen, aber dort müssen wir ganz klare Grenzen ziehen. In dieses Bündnis hineingehen oder uns so stark annähern, dass wir sogar Truppen ins Ausland schicken, dass wir an militärischen Übungen teilnehmen, das geht viel, viel zu weit. Das wäre ein Sargnagel für die Neutralität, deshalb dürfen wir das aus meiner Sicht unter keinen Umständen machen.

«Die Neutralitätsfrage geht so tief in die DNA unseres Landes, dass wir die Diskussion führen müssen»

Jetzt ist die Frage: Was tun? Kürzlich haben Sie gesagt, man sollte während einer Krise keine kurzfristigen Entscheide treffen. Sie haben als APK-Präsident die Neutralität als Schwerpunktthema auf die Agenda der Kommission gesetzt. Im September steht eine Neutralitätsdiskussion in den beiden Aussenpolitischen Kommissionen des National- und des Ständerates an. Was erhoffen Sie sich davon?
 Das ist eigentlich ein alter Führungsgrundsatz: Man sollte nie, wenn man in einer emo-

tional extrem aufgeladenen Stimmung ist, kurzfristig Entscheidungen fällen, die eine Langzeitwirkung haben, denn das sind in der Regel keine guten Entscheidungen.

Die Neutralitätsfrage geht so tief in die DNA unseres Landes, dass wir die Diskussion führen müssen – wir *müssen* sie führen! Es ist so viel geschehen, mit den Sanktionen, die ergriffen wurden, mit den Bestrebungen, uns in die Nato zu begeben oder uns ihr anzunähern, mit der Mitgliedschaft im Uno-Sicherheitsrat. Ich glaube aber, diese Diskussion müssen wir dann führen, wenn der Staub sich ein wenig gelegt hat, wenn wir ein klein wenig aus einer gewissen Distanz über diese Themen sprechen können.

In der Vergangenheit hat man immer wieder gesehen, dass Entscheidungen, die in der Hitze des Gefechts getroffen wurden, mittel- und langfristig Fehlentscheidungen waren. Nach der Fukushima-Katastrophe, zwei, drei Tage später, hat der Bundesrat den Ausstieg aus der Kernkraft angekündigt, heute, zehn, zwölf Jahre später, merken wir, es gibt neue Technologien. Wir laufen in einen Engpass hinein in der Energieversorgungssicherheit. Vielleicht hätte man auch damals gut daran getan, die Frage zwar schon zu stellen, aber ein wenig zu warten, bis die Emotionen sich gelegt haben.

Die Neutralität ist sehr wichtig für unser Land, deshalb werden wir im Herbst Anhörungen durchführen. Man kann diese Frage rein juristisch anschauen, wir werden auch Juristen anhören, aber man kann die Frage auch politisch anschauen. Ein Beispiel: Das IKRK, das immer den Menschen geholfen hat in dieser Welt, und zwar auf beiden Seiten, sie haben immer mit beiden Kriegsparteien gesprochen und verhandelt, deshalb war auch IKRK-Chef Peter Maurer nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Moskau. Ich möchte zum Beispiel jemanden vom IKRK hören: Wie wichtig ist die Neutralität für das Rote Kreuz, das ja auch eine Tradition der Schweiz ist, im Bereich der humanitären Hilfe?

Das wird eine breite Anhörung geben. Es muss möglich sein, die Frage der Neutralität kontrovers zu diskutieren. Aber ich erhoffe mir natürlich, dass am Schluss das Resultat sein wird, dass wir uns zurückbesinnen auf die Bedeutung der Neutralität und dass wir bereit sein müssen, auch Nachteile in Kauf zu nehmen. Neutral zu sein ist natürlich etwas Unangenehmes. Es ist viel einfacher und viel bequemer, nicht neutral zu sein: Dann bekennt man sich einfach zu einer Seite. Wenn man sagt: Wir sind neutral, dann wird man natürlich von beiden Seiten unter Druck gesetzt, und das war im aktuellen Krieg nicht anders. Beide Aussenminister haben sich an die Schweiz gewendet und gefragt, auf welcher Seite wir stehen. Da wäre es am Bundesrat gewesen zu sagen: Wir sind neutral und bleiben neutral. Das hat er nicht getan, und das ist sehr bedauerlich. Die Schweiz hat ihre traditionelle Rolle der Guten Dienste mit Sicherheit geschwächt.

«Es braucht am Schluss das Schweizervolk»

Wahrscheinlich wird es auch eine Volksinitiative geben, die in die Bundesverfassung nicht nur schreiben will, dass die Schweizer Neutralität bewaffnet und immerwährend ist. Sondern wir müssen in Zukunft von einer integralen [also alles umfassenden] Neutralität sprechen und den Begriff breiter und tiefer definieren.

Alt Bundesrat Christoph Blocher plant ja eine solche Volksinitiative. Wie ist hier der Stand? Und wie können wir eine breite Diskussion in die Wege leiten?

Es gibt eine Arbeitsgruppe, die an verschiedenen Varianten arbeitet. Die Initiative wird kommen, und ich finde es gut, dass die Schweizer Bevölkerung ganz am Schluss darüber entscheiden kann.

Ich bin überzeugt, dass die Bedeutung der Neutralität in der Bevölkerung viel breiter abgestützt ist, als man das hier in Bern und

«Ein Krieg kennt immer nur Verlierer» (Franz Grüter)

In seinem «Tagebuch» beschreibt Franz Grüter seinen zweitägigen Besuch mit Bundespräsident Ignazio Cassis an der ukrainischen Grenze, wo sie mit verschiedenen Menschen sprachen und humanitäre Hilfe anboten.

«Wie lautet in aller Kürze das Fazit nach diesen zwei Tagen? Ein Krieg kennt immer nur Verlierer. Das Leiden der Menschen ist gross. Die humanitäre Hilfe der Schweiz funktioniert gut, effizient und verdient Unterstützung. Damit wird den Menschen vor Ort geholfen. Es bleibt zu hoffen, dass es den Streitparteien gelingen wird, sich in Friedensverhandlungen zu einigen, auch wenn dies zurzeit eher ein frommer Wunsch ist. Leider wird die Schweiz vermutlich nicht mehr das Land sein, das von beiden Streitparteien als unabhängiger und neutraler Ort der Vermittlung angesehen wird.

Die Besuche haben mir deutlich gezeigt, wie schlimm allzu grosse Abhängigkeiten bei der Energieversorgung und der Nahrung sein können. Ich bin deshalb überzeugt, dass wir auch in der Schweiz dafür sorgen müssen, in der Energie- und Nahrungsmittelversorgung möglichst unabhängig zu bleiben.»

Quelle: Grüter, Franz. «Tagebuch» (Auszug). Weltwoche vom 24.3.2022

vor allem auch in den Medien wahrnimmt. Es hat Umfragen gegeben, ob die Schweiz Waffen in die Ukraine liefern solle – das wird übrigens von Politikern und Medien auch gefordert. Von x-tausend Leuten, die bei Online-Umfragen mitgemacht haben – nun kann man sagen, das sei nicht repräsentativ, aber es sind x-tausend Leute – haben zwei Drittel gesagt: Nein, das geht nicht, das verstösst gegen unsere Neutralität.

Deshalb glaube ich, es braucht am Schluss das Schweizervolk, das an der Urne sagen können muss: Wollen wir die Neutralität weiter hochhalten? Wollen wir sogar von einer «integralen Neutralität» sprechen? Das werden wir wahrscheinlich nur über die Bevölkerung und nicht über das Parlament und den Bundesrat lösen können.

Selbstversorgung: Sanktionen wirken vor allem auf die eigene Bevölkerung

Eine Motion der APK-N vom 3. Mai verlangte den Verzicht auf den Handel mit russischem Öl und Gas. Wie wird es in der Schweiz laufen mit der Energie aus Russland?

Solche Forderungen tönen vielleicht populär bei gewissen Leuten, aber man muss die Kraft haben zu sehen, dass die Konsequenzen so extrem sind, dass man so etwas nicht aus der Hüfte heraus entscheiden sollte. Diese Motion wurde am 3. Mai von der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates zum Glück abgewiesen, mit 13 zu 12 Stimmen und der Hauptbegründung, dass der Handel praktisch über Nacht in andere Länder verlegt werden könnte.

Dazu etwas Allgemeines: Die Krise zeigt wieder einmal auf, wie abhängig wir zum Teil geworden sind, nicht nur in bezug auf die Energie: Auch die Lebensmittelsicherheit ist in gewissen Ländern mindestens gefährdet. Die Sanktionen gegen Russland zeigen ja im Moment dort keine grosse Wirkung. Diese Woche wurde bekannt, dass die gleichen Volumen der Öl-Importe, welche die EU unterbindet, bereits von Indien eingekauft werden. Die Sanktionen haben mehr oder weniger alle westlichen Staaten ergriffen – aber der Rest der Welt, Indien, China, viele arabische Länder, Afrika, der Grossteil der Länder, haben keine Sanktionen ergriffen. Russland verkauft deshalb nicht weniger Öl, sie verkaufen es einfach an andere Länder.

Wo die Sanktionen hingegen eine Wirkung haben, ist bei der eigenen Bevölkerung. Wir haben eine massive Verteuerung der Energie, die Treibstoffpreise sind für viele Kleinverdiener kaum mehr bezahlbar, Dieselpreis 2.20, 2.30 Franken. Die Leute, die auf das Auto angewiesen sind, leiden wirklich darunter. Wir müssen schauen, dass die Sanktionen nicht zu einer Retourkutsche werden für die eigene Bevölkerung. In der Schweiz ist die Abhängigkeit vielleicht nicht so schlimm, aber in Deutschland ist wirklich die Energieversorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet. Sie sind viel abhängiger vom russischen Gas, da stehen Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel.

Herr Nationalrat Grüter, vielen Dank für das Gespräch.

Michail Gorbatschow über Krieg und Frieden



Michail Gorbatschow
(Bild Wikipedia)

Steve Rosenberg: [...] Wie gefährlich ist Ihrer Meinung nach die aktuelle Konfrontation zwischen Russland und dem Westen? Michail Gorbatschow: Solange es Massenvernichtungswaffen gibt, vor allem Atomwaffen, ist die Gefahr kolossal. Unabhängig von allen politischen Entscheidungen, die getroffen werden können. Sehen Sie sich an, wie viele bösartige Menschen es gibt, die herumlaufen und Dinge in die Luft jagen. Diese könnten die Kontrolle über einige dieser Waffen erlangen. Und wenn die Waffen abgefeuert werden, wird das zu Vergeltungsmassnahmen führen. Das dürfen wir nicht zulassen. Deshalb sollten alle Nationen erklären, alle Nationen, dass Atomwaffen zerstört werden müssen. Das ist notwendig, um uns selbst und unseren Planeten zu retten. Ich

war in Japan. In Nagasaki. Der Ort, an dem die Amerikaner ihre ersten Bomben abgeworfen haben, ist immer noch betroffen. Warum haben die Amerikaner das getan? Als eine Warnung an alle: Gehorcht uns, oder wir werfen eine kleine Bombe auf euch ab, wie wir es mit Japan gemacht haben. So sehe ich das auch. Warum sollten sie sonst eine Bombe abwerfen? Ich fürchte, dass die Leute, die so handeln, immer noch da sind. Wir sind nicht frei von ihnen. Und wenn das passiert, dann reagieren wir sehr stark. In einem Land wie dem unseren, in dem der Krieg so viel Zerstörung angerichtet hat, in einem Land, in dem Millionen gestorben sind, Millionen von Menschen, spüren wir das wie kein anderes Land. [...]

Ich bin immer noch der Meinung, dass man die Führer wechseln muss, so steht es in der Verfassung. Aber es gibt Zeiten, in denen ein Land von einer Periode in eine andere wechselt, in denen neue Leute nicht bereit sind, die Last zu tragen. [...] Unser Präsident hat dieses Chaos geerbt. Und jeder hat gesehen, dass er das Chaos gestoppt und buchstäblich alles

auf sich genommen hat. Aus Presseberichten erfahren wir, dass das Volk will, dass er bleibt und die Arbeit zu Ende bringt. Es gibt noch eine Menge zu tun. Ich bin dafür, dass wir uns an die Gesetze halten. Aber ich sage Ihnen, dass ich mich nie gegen etwas stellen würde, wenn das ganze Volk dafür ist.

Quelle: Interview mit Steve Rosenberg von der BBC mit Michail Gorbatschow vom 8.11.2019; <https://www.youtube.com/watch?v=qYVsKoQXATY> vom 8.11.2019

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Über Putin, die Deutschen und Amerika

Michail Gorbatschow: Für uns Russen hat Putin [auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007] überhaupt nichts Neues gesagt. Er hat das gesagt, was er immer gesagt hat. Warum waren unsere Partner eigentlich so erstaunt? Vor allem: Damals hat man bei Ihnen in Deutschland eine Umfrage gemacht. 78 Prozent der befragten Deutschen waren auf Putins Seite. [...]

Spiegel: Während Gorbatschows Perestroika rüsteten Ost und West ab, militärisch und verbal. Wer ist schuld an der neuen Konfrontation?

In Amerika hat man sich dem Gefühl hingegeben, dass sie alle Sieger seien. Als wenn sie irgend etwas ohne uns hätten erreichen können. Das konnten wir nur gemeinsam erreichen. Ich habe oft, bei Vorträgen in Amerika, an John F. Kennedy erinnert. Er sagte einmal über die Sowjetunion, über die sowjetischen Menschen: Man darf sie nicht dämonisieren. Sie sind genauso wie wir. Sie haben Kinder. Sie wollen ein glückliches Leben führen. Aber Amerika kann nicht ohne Feind leben. Die USA müssen ja zeigen, warum sie ein grosses Militärbudget brauchen. Kennedy hat auch gesagt: Wenn ihr davon ausgeht, dass die kommende Weltordnung eine Pax Americana wird, dann muss ich euch sagen: Entweder gibt es Frieden für alle oder es gibt keinen Frieden.

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=IpaGt9WmcE> vom 14.1.2015

Lula da Silva: EU und USA hätten Krieg verhindern können

von Vilma Guzmán



Lula da Silva
(Bild Wikipedia)

In einem Interview mit dem US-amerikanischen Wochenmagazin Time hat Brasiliens Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (Lula) scharfe Kritik an der Europäischen Union, den USA und am ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski geübt. Sie alle seien mitverantwortlich

am Krieg in der Ukraine, sagte der Politiker der linken Arbeiterpartei (PT), der im Oktober bei den Präsidentschaftswahlen antreten will.

US-Präsident Joe Biden warf er vor, «nichts getan zu haben, um den Krieg zu ver-

hindern». Er glaube fest daran, dass Differenzen durch Gespräche gelöst werden können. Weder Biden noch die Staatschefs der EU hätten dies im Vorfeld der russischen Invasion ausreichend getan.

«Die USA haben ein grosses politisches Gewicht. Und Biden hätte [den Krieg] verhindern können, statt ihn zu befeuern. Er hätte mehr reden, sich mehr einbringen können. Biden hätte ein Flugzeug nach Moskau nehmen können, um mit Putin zu sprechen. Dies ist die Art von Haltung, die man von einer Führungsperson erwartet. Eingreifen, damit die Dinge nicht aus dem Ruder laufen.»

Russland hätte nicht in die Ukraine einmarschieren dürfen, betonte Lula, «aber es ist nicht nur Putin, der schuldig ist. Die USA

und die Europäische Union tragen ebenfalls Schuld.» Sie hätten der russischen Regierung zusichern müssen, dass die Ukraine nicht der Nato beitreten werde, «das hätte das Problem gelöst», so der PT-Politiker. Er zog einen Vergleich mit der Kubakrise von 1962, als die USA und Russland vereinbarten, die Raketenstellungen aus der Türkei und Kuba zu entfernen, um eine Eskalation mit unabsehbaren Folgen für die Welt zu vermeiden.

Der Regierungschef der Ukraine sei «für den Krieg genauso verantwortlich wie Putin, denn am Krieg ist nicht nur eine Person schuldig», erklärte da Silva weiter. Selenski habe «den Krieg gewollt», sonst hätte er «mehr verhandelt» und etwa vorgeschlagen, «über die Nato- und EU-Mitgliedschaft weiter zu diskutieren». Dies habe er nicht getan.

Nun werde er in allen europäischen Parlamenten mit stehenden Ovationen bedacht und sei ständig im Fernsehen zu sehen. Es sei unverantwortlich, dass westliche Politiker «Selenski feiern», anstatt sich auf Verhandlungen zu konzentrieren.

Krieg sei keine Lösung, bekräftigte Lula. Die westlichen Sanktionen gegen die Russische Föderation beeinträchtigten ungerechtfertigt die Wirtschaft anderer Regionen. «Jetzt müssen wir die Rechnung für den Krieg gegen die Ukraine bezahlen. Auch Argentinien und Bolivien werden zahlen müssen. Sie bestrafen nicht Putin. Sie bestrafen viele verschiedene Länder, Sie bestrafen die Menschheit.» [...]

Quelle: <https://amerika21.de/2022/05/257924/lula-da-silva-eu-usa-ukraine-krieg> vom 7.5.2022

«Was passierte vor dem 24. Februar ...»

Fortsetzung von Seite 4

scher und alles Russische hassender Kräfte im Land, und die neue ukrainische Regierung errichtete dem ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera sogar Denkmäler und benannte Strassen nach ihm.

Die stark antirussische Grundlinie der neuen Regierung, Diskriminierungen, Gewaltdrohungen und auch reale gewalttätige Exzesse gegen den grossen russischsprachigen Bevölkerungsteil vor allem im Osten und Süden des Landes führten dazu, dass sich die überwältigende Mehrheit der Krim-Bewohner in einem Referendum für unabhängig erklärte und – erfolgreich – die Aufnahme in die Russische Föderation beantragte. In den Oblasten Donezk und Luhansk bewaffneten sich nach gewaltsam unterdrückten friedlichen Protesten die Protestierenden, und es kam seit dem Frühjahr 2014 zu andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen mit rund 14000 zivilen Toten. Die grosse Mehrheit von ihnen starb durch den ukrainischen Beschuss der Gebiete, die nach Autonomie strebten.

6. Nichteinhaltung der Minsker Abkommen
Mit zwei Abkommen in der belarussischen Hauptstadt Minsk (Minsk I im September 2014 und Minsk II im Februar 2015) wurde der Versuch unternommen, im Osten der Ukraine zu einem Waffenstillstand zu kommen und den Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk, die nach Autonomie strebten, eine solche auch zu gewähren – innerhalb des Staates Ukraine. Beide Abkommen wurden aber nicht umgesetzt, die ukrainische Regierung verweigerte direkte Verhandlungen mit den Repräsentanten von Donezk und Luhansk und bezeichnete diese als «Terroristen». Die vereinbarte Verfassungsänderung und Wahlen in den nach Autonomie strebenden Landesteilen wurden von der Regierung in Kiew verhindert. Ukrainische Regierungsvertreter äusserten öffentlich, dass sie die Minsker Abkommen nicht einhalten wollen – obwohl der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen diese Abkommen ebenfalls beschlos-

sen und damit zu Völkerrecht erklärt hatte. Russland forderte immer wieder die Einhaltung der Minsker Abkommen, die Regierungen von Deutschland und Frankreich – beide gehörten zu den Initiatoren von Minsk II – bekannten sich zwar – wie auch die US-Regierung – offiziell zu den Abkommen, taten aber nichts bzw. zu wenig, um die Regierung in Kiew zur Einhaltung der Abkommen zu bewegen. Im Gegenteil, im Herbst 2021 veröffentlichte die russische Regierung einen Schriftwechsel, der zeigte, dass weder Frankreich noch Deutschland ein dringendes Interesse an einer Einhaltung dieser Abkommen haben. Sehr wahrscheinlich hat vor allem die US-Regierung die Weigerung der ukrainischen Regierung, die Abkommen zu erfüllen, aktiv unterstützt.

7. Ukraine wird de facto Nato-Mitglied

Ohne formal Nato-Mitglied zu sein, hat sich die Ukraine seit 2014 Schritt für Schritt zum Quasi-Nato-Staat entwickelt. Nato-Ausbildungseinrichtungen für die ukrainische Armee, Nato-Waffen für die Ukraine, gemeinsame Manöver mit Nato-Saaten, auch in der Ukraine selbst, und ukrainische Beteiligungen an Nato-Kriegeinsätzen sind deutliche Hinweise darauf. Die US-Regierung bezeugte auch im Jahr 2021 mehrfach ihre ideelle und materielle Unterstützung für eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine und für ein speziell enges Bündnis zwischen den USA und der Ukraine. Ein Beispiel dafür ist die Charta der strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine vom 10. November 2021. Die Forderung Russlands vom Dezember 2021, schriftlich zu vereinbaren, dass die Ukraine nicht Mitglied der Nato wird, wurde sowohl von den USA als auch von der Nato zurückgewiesen.

8. Russland, die Ukraine und die russischen Sicherheitsinteressen

Mit wiederholten und ausführlichen Beiträgen zur Bedeutung der russisch-ukrainischen Beziehungen in Geschichte und Gegenwart, mit mehrfachen Hinweisen auf die von der Ukraine und insbesondere den dortigen extre-

men nationalistischen Kräften ausgehenden Bedrohungen für die russischstämmige Bevölkerung der Ukraine, für russische Staatsbürger und auch für Russland selbst, mit der mehrfachen Betonung von «roten Linien», mit der Vorlage von zwei Vertragsentwürfen und vielem mehr hat die russische Regierung noch bis zum 21. Februar 2022 versucht, zu einer diplomatischen Lösung des Konfliktes zu kommen. Im für Russland wesentlichen Kern der Vertragsentwürfe zeigten aber sowohl die Regierung der USA als auch die Nato keine Bereitschaft zu einem Entgegenkommen. Russland betonte immer wieder, dass es mit seinen Vertragsvorschlägen nicht mehr anstrebe als die in OSZE-Verträgen schon viele Jahre zuvor garantierte gleiche Sicherheit für alle Mitgliedsstaaten der OSZE – so wie es im übrigen auch der Charta der Vereinten Nationen entspricht. US-Regierung und Nato beharrten statt dessen auf einem vermeintlichen Recht eines jeden Staates auf die freie Bündniswahl. Die Sicherheitskonferenz in München am Wochenende vom 18.–20. Februar 2022 bekräftigte nochmals die US- und Nato-Position, dem ukrainischen Präsidenten wurde die volle Unterstützung zugesagt, und der ukrainische Präsident stellte eine erneute Bewaffnung seines Landes mit Atomwaffen in Aussicht, die es 1994 aufgegeben hatte.

9. Drohte ein ukrainischer Angriff auf Krim und Donbass?

Sehr wahrscheinlich mit starker Unterstützung der US-Regierung und der Unterstützung anderer Nato-Staaten, zum Beispiel Grossbritanniens, plante die Regierung der Ukraine einen militärischen Angriff auf die Krim – also ein Gebiet, das von Russland als Teil seines Staatsgebietes betrachtet wird – und die beiden nach Autonomie strebenden Gebiete Donezk und Luhansk – in denen mehr als 500000 russische Staatsbürger leben. Ein Dekret vom März 2021 verpflichtete die Regierung der Ukraine sogar dazu, die Krim wieder in den Staat der Ukraine einzugliedern. Und obwohl sowohl der französische Präsident Macron als auch der deut-

sche Kanzler Scholz bei ihren Moskau-Besuchen im Januar und Februar 2022 öffentlich erklärten, die ukrainische Regierung werde nun endlich die Minsker Abkommen umsetzen, geschah in Wirklichkeit das Gegenteil: Die ukrainische Armee hatte im Gebiet der Kontaktlinie zu Donezk und Luhansk massiv Truppen zusammengezogen, Russland spricht von mehr als 100000 Mann. Die immer brüchige Waffenruhe an der Kontaktlinie zwischen den nach Autonomie strebenden Gebieten und dem Rest der Ukraine wurde nur einen Tag nach dem Besuch des deutschen Kanzlers und dessen Zusage, die Minsker Abkommen würden nun endlich eingehalten, massiv, vor allem von ukrainischer Seite aus, gebrochen. Das belegen die Zahlen der Beobachtermission der OSZE. Die Behörden von Donezk und Luhansk begannen mit der Evakuierung der Zivilbevölkerung. Und nach der Anerkennung der beiden Gebiete durch Russland als unabhängige Republiken am 21. Februar nahm der Beschuss mit schweren Waffen in Richtung der neuen Republiken nochmals enorm zu.

Angriff oder Verteidigung?

In unseren Staaten heisst es fast unisono, Russland habe sich eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen die Ukraine schuldig gemacht. Diese Formulierung steht zumeist nicht allein: In der Regel werden Adjektive, zum Beispiel «brutal», «grausam» oder «wahnhaft», hinzugefügt. Der ehemalige Oberstleutnant der deutschen Bundeswehr Jochen Scholz hat in der Zeit-Fragen-Ausgabe Nr. 28/29 vom 14. Dezember die Frage gestellt: «Wer ist der Aggressor?» Es gibt, wenn man die oben aufgelisteten Punkte betrachtet, durchaus Gründe dafür, Russlands Militäraktion in der Ukraine als Verteidigungskrieg zu bezeichnen. Das ist nicht nur eine russische Propagandaformel. Aber diese wichtige Diskussion kann derzeit in unseren Ländern nicht offen und gründlich geführt werden. Sie wäre allerdings wichtig, um Schritte hin zur Wahrheitsfindung zu tun und sich allmählich von der für alle Kriege typischen Propaganda zu lösen. Vor allem des Friedens wegen.

Humanitäre Fragen und Einzelschicksale in Mariupol und im Donbass

von Ralph Bosshard

«Die reale Welt ist eben grau in grau und nicht schwarz- Weiss (d. h. West-Ost).» (R. B.)

zf. Ralph Bosshard kennt die Region aus eigener Anschauung und in Zusammenhang mit seinem Aufgabenbereich bei der OSZE, bei der er unter anderem als Sonderberater für den ständigen Vertreter der Schweiz bei dieser Organisation tätig war. Auch im Rahmen seiner aktuellen Tätigkeit erstellt er Expertisen über die militärische Lage im Konflikt in der Ukraine sowie im postsowjetischen Raum (vgl. dazu seine Artikel in Zeit-Fragen zu Kasachstan und Armenien). Auf Grund der in all den Jahren entstandenen persönlichen Beziehungen erhält er aber auch direkte Schilderungen aus Brennpunkten des Ukraine-Konfliktes, die er hier zur Verfügung stellt und die dem geneigten Leser einen sehr unmittelbaren Eindruck des realen Geschehens vermitteln.



(Bild Ivan L.)

Das ist ein Bild des Hauses an der Ulitsa Georgievskaya 42 im alten Stadtzentrum von Mariupol, dem Tsentralnyj Rayon. Es war das Elternhaus meiner Gattin und gehört jetzt unserem Freund Ivan L. Ivan wusste, dass im Gebäude daneben [hell umrahmt] Angehörige des «Regiments Asow» einquartiert waren. Es gehört zur Priazovskij Staatlichen Technischen Universität, die von Slava B., einem Bekannten von mir, geführt wurde. Ivan beschloss deshalb, auf einer Datscha ausserhalb Mariupols zu wohnen, kam aber regelmässig zurück, um sicherzustellen, dass sich «Asow» nicht auch in seinem Haus einquartiert.



(Bild Ivan L.)

So sieht das massiv gebaute Haus aus der Zarenzeit aus, nachdem eine Granate oder Bombe im Garten dahinter explodiert war. Wie durch ein Wunder blieben unsere Freunde unverletzt.

Andernorts befindet sich aber das Grab der Schwiegermutter Ivans, die im Zug der Kämpfe von Granatsplittern getroffen worden und verblutet war, weil keine Ambulanzen mehr fuhren. Sie zu beerdigen war im Kampfgeschehen nicht möglich, deshalb wickelten Ivan und ein Verwandter die Leiche in



(Bild wp)

Ralph Bosshard studierte Allgemeine Geschichte, osteuropäische Geschichte und Militärgeschichte, absolvierte die Militärische Führungsschule der ETH Zürich sowie die Generalstabsausbildung der Schweizer Armee. Im Anschluss daran folgte eine Sprachausbildung in Russisch an der Staatlichen Universität Moskau sowie eine Ausbildung an der Militärakademie des Generalstabs der russischen Armee. Mit der Lage in Osteuropa und Zentralasien ist er aus seiner sechsjährigen Tätigkeit bei der OSZE vertraut, in der er unter anderem als Sonderberater des Ständigen Vertreters der Schweiz tätig war.

Leintücher ein und liessen sie auf dem Küchentisch zurück. Inzwischen hat ein Nachbar sie gefunden und bestattet.

Ein anderer Freund Ivans kam ums Leben, als er versuchte, sein Mobiltelefon im Auto aufzuladen. Ivan fand ihn tot im Auto. Wir vermuten, dass er von Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte erschossen wurde, die ihn in Verdacht hatten, via einen humanitären Korridor aus der Stadt fliehen zu wollen. Mit diesem Auto fuhren Ivan und sein Freund später via die Krim nach Georgien, wo sie ein Flugzeug nach Norwegen bestiegen, denn dort hat Ivan Verwandte. Als Mann im wehrfähigen Alter hätten die Ukrainer Ivan nicht ausreisen lassen und die 3000 bis 5000 Euro Bestechungsgeld, welches ukrainische Grenzbeamte in solchen Fällen forderten, sind für einen Ukrainer mit 100 Euro Monatsgehalt unerschwinglich.

Ivans Sohn Vjaceslav konnte hingegen in Begleitung seiner Patin normal via Warschau nach Norwegen reisen.

Ivans Ehefrau Oxana befindet sich mit ihrem Vater noch in Berydansk am Asowschen Meer, denn dieser verlor beim Beschuss seines Hauses alle seine Dokumente. Die russischen Behörden wollen ihm einen russischen Pass ausstellen, aber das kann dauern, denn die Suche nach Geburtsurkunden geniesst derzeit wenig Priorität.



(Bild Hotel Spartak)

Ein weiteres Gebäude, welches als Unterkunft für die ukrainische Armee genutzt wurde, war das Hotel Spartak, 220 m Luftlinie von Ivans Haus entfernt. Es war eines der besten in Mariupol gewesen. Ivan ist der Auffassung, auch es sei vom «Regiment Asow» bewohnt gewesen. Ich frage mich aber, wer hier so nahe an der Giesserei «Asowstal» so komfortabel untergebracht wurde. Vielleicht tatsächlich jene Nato-Offiziere, über welche Gerüchte herumgingen? Sie sollen in den Stollen unter der Fabrik eine geheime militärische Einrichtung betrieben haben, möglicherweise eine Einrichtung für Funkaufklärung. An ein Bio-Waffen-Labor glaube ich vorerst noch nicht.



(Bild Lena B.)

An den Anblick ausgebrannter Gebäude konnte ich mich schon im Jahr 2014 gewöhnen, denn im Mai 2014 hatte das «Regiment Asow» diejenigen Polizeibeamten, die es für «unpatriotisch» hielt, im Polizeigebäude eingeschlossen und dieses in Brand gesetzt. Flüchtende Polizisten wurden erschossen.



(Bild Alexej K.)

Das Bild zeigt unsere ehemalige Wohnung am Prospekt Lenina (heute Mira) 112 in Mariupol. Als die Russen entlang des Prospekt Mira angriffen, bezogen die ukraini-

schen Regierungstruppen in den oberen Stockwerken der Mehrfamilienhäuser Stellung, weil diese soliden Plattenbauten guten Schutz und ein gutes Schussfeld boten. Und genau dorthin erwiderten die Russen das Feuer. Unsere Nachbarin Tamara S. musste vor Ausbruch der Kampfhandlungen zu ihrer Tochter nach Manhush, westlich von Mariupol, ziehen, welches von den Kämpfen weniger in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die niedrig gebauten, alten Holzhäuser am Stadtrand von Mariupol und in den kleineren Ortschaften rund um die Stadt bieten kaum Schutz vor Waffenwirkung und ein schlechtes Schussfeld. Deshalb blieben viele von ihnen von Kampfhandlungen verschont.

Der Prospekt Mira führt weiter zum Flughafen von Mariupol. Im Herbst 2014 äusserte ein Mitarbeiter der OSZE in Mariupol die Vermutung, dass der ukrainische Inlandsnachrichtendienst SBU auf dem Flughafen ein geheimes Gefängnis betrieb. Ein westlicher Journalist wurde damals irrtümlich festgenommen, verprügelt und eine Nacht lang festgehalten, bevor der Irrtum bemerkt wurde und er freikam. Er rannte stracks zur Special Monitoring Mission der OSZE, die damals im Hotel Reikartz am Prospekt Metalurgiv untergebracht war, gleich neben dem Gebäude des SBU, um sich zu beschweren. Ein Bekannter von uns wurde vom SBU ein Jahr lang festgehalten, weil er sich «unpatriotisch» geäussert hatte. Danach kam er unter der Auflage frei, über seine Haft nichts zu erzählen. Das Massengrab in Mariupol, von dem vor Tagen die Rede war, dürfte sich neben dem Flughafen befinden und vom SBU angelegt worden sein. Ich wunderte mich in der Vergangenheit zuweilen, dass westliche Spitzenpolitiker die Geschmacklosigkeit besaßen, via den Flughafen nach Mariupol zu reisen. Wir führten dienstliche Besprechungen genau aus diesem Grund nicht am Flughafen durch.

Von einer Schulfreundin meiner Gattin, Larisa M., weiss ich, dass Mitarbeiter des Krankenhauses zwischen dem 16. und dem 17. Mikroyon tatsächlich als Geiseln und lebende Schutzschilder gehalten wurden, als die russischen Truppen am Stadtrand von Mariupol auftauchten. Ihr gelang die Flucht, als nach dem Einschlag der ersten Geschosse das Chaos ausbrach. Ein Arzt, der ukrainische Soldaten daran zu hindern suchte, flüchtende Geiseln zu erschiessen, wurde selbst erschossen.



(Bild Regiment Asow)

Das Schulhaus, wo meine Gattin zur Schule ging, war ganz in der Nähe des Dramateat, wo das «Regiment Asow» eine Befehlsstelle eingerichtet haben soll und in dessen Keller Bewohner der Stadt Schutz gesucht hatten, als das massive Gebäude getroffen wurde. Im hellen Rechteck: Wohnhaus ihrer Schulfreundin Masha B. Mit ihr haben wir bislang keine Verbindung.



(Bild Yana G.)

Im Trudovskij Rayon der Stadt Donesk lebte ein Onkel von meiner Gattin, Nikolai V. In acht Jahren des Beschusses blieb seine Wohnung unbeschädigt. Vor wenigen Tagen ging auch seine Wohnung in Flammen auf, denn die ukrainischen Regierungstruppen schiessen nach wie vor täglich in die Stadt Donesk hinein.

| Bericht Nr. | Bericht Datum | Ort | Territorium | Ereignis Datum |
|-------------|---------------|------------------------------|-------------|-------------------|
| 42/2020 | 20.02.2020 | Staromykhailivka | NGCA | 14.02.2020 |
| 51/2020 | 02.03.2020 | Oleksandrivka | NGCA | 7 |
| 87/2020 | 13.04.2020 | Donetsk, Kuibyshevskiy Rayon | NGCA | 7 |
| 68/2020 | 21.03.2020 | Donetsk, ul. Lisova 1 | NGCA | 18./19.03.20 |
| 80/2020 | 04.04.2020 | Novotoshkivske | GCA | 01.04.2020 |
| 109/2020 | 08.05.2020 | Zolote-4 Rodina | GCA | 30.04.2020 |
| 103/2020 | 01.05.2020 | Zolote-5 Mykhailivka | NGCA | 7 |
| 153/2020 | 29.06.2020 | Donetsk, Trudovskiy Rayon | NGCA | 27.06.2020 |
| 171/2020 | 20.07.2020 | Donetsk, Trudovskiy Rayon | NGCA | 16.07.2020 |
| 31/2021 | 09.02.2021 | Zolote-5 Mykhailivka | NGCA | 07./08.02.21 |
| 72/2021 | 29.03.2021 | Zolote-5 Mykhailivka | NGCA | 25.03.2021 |
| 106/2021 | 10.05.2021 | Donetsk, Trudovskiy Rayon | NGCA | 08.05.2021 |
| 129/2021 | 05.06.2021 | Zolote-5 Mykhailivka | NGCA | 31.05. + 02.06.21 |
| 163/2021 | 15.07.2021 | Holmivskiy | NGCA | 12.08.2021 |
| 224/2021 | 24.09.2021 | Yasynuvata | NGCA | 21.09.2021 |
| 243/2021 | 16.10.2021 | Zolote-5 Mykhailivka | NGCA | 15.10.2021 |
| 271/2021 | 18.11.2021 | Zolote-5 Mykhailivka | NGCA | 15.11.2021 |
| 254/2021 | 29.10.2021 | Hranitne | GCA | 27.10.2021 |
| 284/2021 | 03.12.2021 | Zolote-5 Mykhailivka | NGCA | 29.11.2021 |

(Tabelle Ralph Bosshard; Quelle: Daily Report der SMM, <https://www.osce.org/ukraine-smm/reports>)

Für den Beschuss von Schulen und Kindergärten waren in den vergangenen Jahren gross-mehrheitlich die ukrainischen Regierungstruppen verantwortlich, wie ein Auszug aus den Tagesberichten der Special Monitoring Mission der OSZE aus den Jahren 2020 und 2021 zeigt.

Und die Statistik der zivilen Opfer, welche das Büro des UN-Menschenrechtsbeauftragten führt, zeigt, dass seit 2018 die Mehrzahl der zivilen Opfer zu über 80% auf der Seite der LNR (Republik Lugansk) und DNR (Republik Donesk) anfiel. Konfrontiert mit Vorwürfen betreffend Beschuss von Wohngebieten pflegte die ukrainische Delegation bei der OSZE in Wien zu erklären, die Soldateska der Rebellen sei es sich eben schon seit Tschetschenien gewohnt, auf die eigene Bevölkerung zu schiessen, oder es sei eine «dritte Seite» am Werk gewesen.

Fazit

Ich würde die viel zu zahlreichen Opfer, die der aktuelle Konflikt schon forderte, noch viel mehr bedauern, wenn ich im Westen je einen Moment des Bedauerns gespürt hätte für die 14000 Menschen, die in den Jahren 2014–2022 ihr Leben lassen mussten, weil die Regierungen in Washington und Kiew glaubten, die Minsker Abkommen seien ein schlechter Deal.

Ich würde die Flüchtlinge aus Winnitsa, Ivano-Frankivsk, Lwow, Zhitomir und anderen Städten, die bislang kaum Schaden erlitten, noch viel mehr bedauern, wenn ich Bedauern dafür spürte, was in ihrem Namen acht Jahre lang in Donesk, Lugansk, Pervomaisk, Gorlovka/Horlivka und Stakhanov/Kadiivka angerichtet wurde.

Die Schadenfreude mancher Bewohner von Donesk über die Zerstörungen in Kiew, Chornobyl und andernorts teile ich hingegen nicht.

Wurde Mariupol von den Russen «zerbombt»? Nein, viele Gebäude wurden im Zug von Kampfhandlungen zerstört, das Verhalten beider Seiten entspricht einer militärischen Logik.

Nutzten die ukrainischen Kämpfer Zivilpersonen als menschliche Schutzschilder? Ja, zumindest in Einzelfällen.

Versteckten sich die ukrainischen Kämpfer in der Zivilbevölkerung? Ja, und die Nato machte offenbar dabei mit.

Verletzten die ukrainischen Behörden Menschenrechte? Ja, massiv und wiederholt.

Sind die verbündeten Truppen von LNR, DNR und der Russischen Föderation frei von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen? Sicherlich nicht, aber wenn ich sie solcher beschuldige, muss ich in den westlichen Medien keine Beweise anführen: Das glaubt man mir auch ohne Beweise.

Wer baut Mariupol wieder auf? Die DNR will angeblich 3000 ukrainische Kämpfer in Gewahrsam haben und erklärte bereits einmal, man werde die Angehörigen der ukrainischen Freiwilligenformationen nicht als Kriegsgefangene behandeln. Einen Prozess und eine Verurteilung zu 20 bis 25 Jahren Arbeitslager halte ich für durchaus möglich.

Wie geht es wirtschaftlich weiter? Nach 2014 nahm die Anzahl der russischen Kunden im Hafen von Mariupol ab. Zuvor waren viele russische Schiffe in Mariupol repariert oder gewartet worden. Das kann nun wieder beginnen. Die Metall-Kombinate sind hingegen wohl so zerstört, dass sie von Grund auf neu aufgebaut werden müssen. Ihre Besitzer, allen voran Rinat Akhmetov, sind wohl aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage.

Wie spricht man mit Kindern über den Krieg?

von Renate Dünki



Ich habe als Kleinkind selbst den Krieg erlebt, erinnere mich an Bilder von Nächten im Keller, von der Flucht meiner damals 23jährigen verwitweten Mutter mit zwei Kindern aus der Stadt und vor den Bomben in ein Forsthaus, wo wir Aufnahme fanden, an Jahre, in denen jede Nahrung eine Kostbarkeit war. Diese junge Frau hat es im Rahmen der Grossfamilie, die zusammenhielt, geschafft, uns Kindern damals trotz allem ein Gefühl von Geborgenheit zu vermitteln. Wie ging das?

Das habe ich mich später immer wieder gefragt, auch angesichts der nicht zu Ende gehenden Kriege im Vorderen Orient oder in anderen Regionen der Welt und der Kinder, die aus solchen Kriegsgebieten in unsere Schulen kamen. Es braucht Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Eine wichtige Neuerscheinung nimmt sich nun der Frage an, wie Erwachsene mit Kindern über die schwierige Frage von Krieg und katastrophalen Ereignissen in ein angemessenes Gespräch kommen können. Das Buch von *Rüdiger Maas* und *Eliane Perret* geht auf dieses dringliche Anliegen in gut verständlicher Weise ein. Es stellt einen Leitfaden für Eltern und Pädagogen dar, in dem es fundierte Ergebnisse aus Wissenschaft und Schulpraxis lebendig, einfühlsam und gut lesbar aufzeichnet. Es gibt keine Tips, sondern regt zum Nachdenken und Durchdringen dieser Frage an.

Im ersten Kapitel werden die Eltern angesprochen, die in unseren Ländern bisher vorwiegend in gesicherten Verhältnissen lebten und nun mit einem Krieg vor der Haustür konfrontiert sind. Ihre Bedeutung als Vorbild ist vielen Eltern heute nicht mehr klar bewusst. Gerade die kurz gefassten anschaulichen Ausführungen der Autoren zu den

Forschungsergebnissen von Lern- und Entwicklungspsychologie können dies den Eltern wieder vermitteln. Sachlichkeit gegenüber verstörenden Bildern und Nachrichten, so dass die Kinder Halt finden und den Mut nicht verlieren; ein eigener informierter, gut begründeter Standpunkt; das Bestehen auf seriösen Quellen: dies sind Haltungen, die den Eltern im Interesse ihrer Kinder nahegelegt werden.

Das zweite Kapitel geht auf die Rolle der Medien in solchen Krisen ein: Jugendliche und Erwachsene benutzen in der Regel unterschiedliche Quellen. Um so wichtiger ist es, im ruhigen Gespräch zu bleiben, auch einmal eine mediale Auszeit zu nehmen und keine Pauschalurteile zu fällen. Sonst besteht die Gefahr, an den Kindern und Jugendlichen «vorbeizusprechen». Wertvoll ist hier der Rückgriff auf das Vorwort, in dem uns Lesern die Prinzipien der Kriegspropaganda vorgestellt werden. Sie wurden schon vor 100 Jahren erforscht, ihre Methoden lassen sich auch in den modernen Medien ablesen. So erhalten Eltern und Pädagogen ein Instrument zur unabhängigen Beurteilung von Katastrophenmeldungen, aus dem sich ein sachlicher Umgang mit solchen Vorgängen ergeben kann.

Nach der Klärung dieser Voraussetzungen gehen die Autoren auf die Anforderungen der verschiedenen Altersstufen der Kinder ein: Welche Gesprächsebene braucht ein Vorschulkind, ein Unter- oder Mittelstufenkind, ein Jugendlicher ab 13 Jahren? Diese Altersangaben gelten natürlich nicht absolut, denn jedes Kind hat seine Individualität, auf die es feinfühlig einzugehen gilt. Gerade diese Ausführungen erscheinen mir zentral. Sie zeichnen anhand von Beispielen ein Bild, wie sich Fragen der Kinder in der Familie weder über- noch unterfordernd beantworten lassen. Sie malen aus, wie dies

gelingen kann, indem die Eltern sich Zeit nehmen, nicht voreilig antworten, sondern den Sinn und Umfang der Fragen ihrer Kinder erfassen.

Ein Beispiel: Ein Vorschulkind hat im Fernsehen weinende Frauen und ein zerbombtes Haus gesehen. Es fragt die Mutter, was da passiert sei. Nach ihrer Rückfrage, was sich das Kind dabei vorstellt, kann die Mutter die Situation mit einfachen Worten erklären, aber dennoch Zuversicht vermitteln, dass es eine Lösung geben wird:

«Zwischen dem Land, in dem diese Frauen und Kinder wohnen, und einem anderen Land hat es einen grossen Streit gegeben. Nun kämpfen die Soldaten der beiden Länder gegeneinander. Sie machen vieles kaputt, das hast Du auf dem Bild gesehen. Darum sind diese Frauen traurig, weil sie nicht wissen, was sie tun sollen. Aber jetzt müssen sich viele Menschen in vielen Ländern Gedanken machen, wie man diesen Streit beenden könnte. Denn alle Menschen möchten in Frieden leben können.» (S. 29)

Es geht immer darum, das Anliegen des Kindes seinem Alter entsprechend genau zu erfassen und es nicht unnötig zu belasten.

Das abschliessende Kapitel weitet den Themenkreis aus auf die Schule und andere ausserfamiliäre Betreuungsangebote. Es gibt Einblick in Projekte und Themen, die sich in der Schulpraxis bewährt haben, aber auch auf andere Einrichtungen übertragen werden können. Diese wertvollen Beispiele sind wieder als Richtwert in drei Altersstufen eingeteilt, ich würde ihre Lektüre als Anregung für eigene Projekte jedem Schulhaus, jeder Tagesstätte empfehlen.

So beschreiben die Autoren zum Beispiel die Auseinandersetzung von Jugendlichen mit dem Humanitären Völkerrecht. Es ist Ergebnis der Bemühungen der Völker, in der Welt friedlich zusammenzuleben und auch im Kriegsfall Regeln zum Schutz der betroffenen Menschen aufzustellen. Dieses Thema ist in einem Lehrmittel des Roten Kreuzes für Schulen sorgfältig ausgearbeitet. Es regt mit vielen Beispielen zum Nachdenken an. Und es gibt den Jugendlichen Hoffnung, dass die Zukunft trotz aller drohenden Gefahren friedlicher werden könnte und dass sie einen Beitrag dazu leisten können. Nach dieser Auseinandersetzung war es beispielsweise für die Jugendlichen klar, «dass ein Kriegsgeschehen möglichst schnell durch einen Waffenstillstand gestoppt werden muss, gefolgt von dringender humanitärer Hilfe und einer internationalen Konferenz, auf der versucht wird, einen Kompromiss zu finden, der zu einem dauerhaften Frieden in der Region beiträgt.» (S. 71)

«Die Welt zum Frieden führen»

Dringender Brief an Präsident Joseph Biden und an alle Mitglieder der US-Regierung sowie an alle Mitglieder des US-Kongresses und des US-Senats

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich würde mich schuldig fühlen, wenn ich diesen dringenden Brief nicht an Sie schreiben würde – schuldig vor *Gott* und der Menschheit. [...]

Ich bin ein alter Mann, der aus einer politischen Familie stammt und die Grausamkeiten des Zweiten Weltkrieges (einschliesslich der sinnlosen US-Phosphorbomben am Ostermontag 1945) und der russischen Besatzung miterleben musste.

Aber ich bin auch Zeuge des Abkommens mit den Russen, das uns Freiheit und Wohlstand brachte. Der Kern des Abkommens war unsere dauerhafte Neutralität.

Der Stellvertreterkrieg, den Sie gerade in der Ukraine anzetteln, führt tendenziell zu einem dritten Weltkrieg, da Sie die russische Atommacht aufs äusserste provozieren. Es gibt ein altes politisches Sprichwort: Treiben Sie sie nicht zur Verzweiflung!

Sie glauben immer noch, dass Sie dieses Risiko eingehen können, da bisher in allen Kriegen, die unter dem Vorwand der Humanität und Demokratie geführt wurden, Tod, Zerstörung und Leid im Ausland passiert sind (ich denke an Vietnam, Afghanistan, den Irak, Libyen usw.).

Aber das wird in Zukunft nicht mehr der Fall sein!



ISBN 978-3-96890-115-2

Der Diplompsychologe und bekannte Generationenforscher *Rüdiger Maas* studierte in Deutschland und Japan. Er forschte und arbeitete lange im Ausland. Sein Buch «Generation lebensunfähig» wurde ein Bestseller.

Dr. *Eliane Perret* hat als Lehrerin, Heilpädagogin und Psychologin einen breiten Erfahrungshintergrund. Sie studierte an der Universität Zürich Psychologie und Sonderpädagogik und arbeitete lange Jahre als Lehrerin und Schulleiterin an einer Sonderschule für Kinder mit Lern- und Verhaltensproblemen. Sie ist Autorin von Artikeln zu psychologischen Themen, Erziehungs- und Bildungsfragen sowie zu Gewalt- und Mobbingprävention.

Maas, Rüdiger; Perret, Eliane. Wie ich mit Kindern über Krieg und andere Katastrophen spreche. Ein Leitfaden für Eltern, Lehrpersonen und Pädagogen. Kiedrich 2022

Ein Literaturverzeichnis vermittelt Titel, die sich zur vertieften Auseinandersetzung mit einem der behandelten Themen eignen.

Diese Neuerscheinung gerade in Zeiten von grosser Unsicherheit, bedenklichen Entscheidungen und einem bedrohlichen Rüstungswettlauf ist ein Leitfaden, mit dem viele Eltern, aber auch Pädagogen Zugang zu diesen anspruchsvollen Aufgaben finden werden.

«Mögen Ratgeber wie dieser irgendwann nicht mehr nötig sein.»

«Keinerlei Glaubwürdigkeit»

Beim Plenum des Europäischen Parlaments, dass sich am 8. April 2022 mit den Auswirkungen des russischen Einmarsches in der Ukraine befasste und darüber diskutierte, wie mit der wachsenden Zahl von Flüchtlingen aus der Ukraine umgegangen werden soll, ergriff die Irin Clare Daly das Wort und machte ihrer Entrüstung über die herrschende Doppelmoral und Heuchelei Luft. (https://vk.com/video/@rt_de)

«Es besteht kein Zweifel: Wir leben in Zeiten katastrophaler Krisen. In denen das Leben unschuldiger Zivilisten in den Kriegen ihrer Herren geopfert wird. Ja, in der Ukraine, aber nicht nur. Seit der letzten Plenarsitzung waren Zehntausende afghanischer Bürger gezwungen, auf der Suche nach Nahrung und Sicherheit zu fliehen. Fünf Millionen Kindern sind von Hungersnot, einem qualvollen und schmerzhaften Tod bedroht. Die Zahl der Kinderehen ist um 500 Prozent gestiegen, und Kinder werden verkauft, nur um zu überleben.

Und kein einziges Wort darüber. Nicht hier. Nirgendwo. Keine allgegenwärtige Fernsehberichterstattung. Keine humanitäre Soforthilfe. Keine besonderen Plenarsitzungen. Nicht einmal eine Erwähnung in dieser Plenarsitzung. Keine afghanischen Delegationen und keine Statements. Mein Gott! Sie müssen sich fragen, warum ihre humanitäre Krise so unwichtig ist. Ist es ihre Hautfarbe? Liegt es daran, dass sie nicht weiss sind, dass sie keine Europäer sind? Dass ihre Probleme aus den USA kommen? Durch eine US-Invasion ausgelöst wurden? Liegt es daran, dass die Entscheidung, den Reichtum ihres Landes zu rauben, von einem despotischen US-Präsidenten und nicht von einem russischen getroffen wurde? Denn, mein Gott, alle Kriege sind böse, und alle Opfer verdienen Unterstützung. Und solange wir nicht auf dieser Seite stehen, haben wir keinerlei Glaubwürdigkeit.»

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=vdjxVJWNTM>

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Aufstand italienischer Generäle: «Das ist nicht unser Krieg, stoppen wir die USA!»

«Neutralität? Dem stimme ich uneingeschränkt zu. Und ich glaube, bevor die Drohungen mit der Ausweitung des Konflikts auf die Nato in die Tat umgesetzt werden, müssen wir dafür sorgen, dass dieser Konflikt beendet wird. Und unter diesem Gesichtspunkt sehe ich niemanden, der sich engagiert, im Gegenteil, ich sehe eine ganze Reihe von Brandstiftern, die genau das Gegenteil tun. [...]

Zunächst einmal sollte unser Land alles tun, und ich sehe nicht, dass es das tut, damit der Konflikt beendet werden kann. Wenn ich sage «alles tun», dann meine ich damit, dass wir uns mit anderen europäischen Ländern, insbesondere mit Frankreich und Deutschland, auf eine gemeinsame Position gegenüber den kriegstreibenden Ländern unter der Führung der Vereinigten Staaten einigen, damit sie aufhören, damit sie einen Waffenstillstand und Verhandlungen fördern, auch

auf die Gefahr hin, dass die Beziehungen zu den USA gestört werden.»

General Leonardo Tricarico, ehemaliger Generalstabschef der italienischen Luftwaffe und derzeitiger Präsident der ICSA-Stiftung (Fondazione ICSA, Intelligence Culture and Strategic Analysis)

«Bisher hat Russland kein Nato-Land angegriffen, da die Ukraine kein Mitglied des Bündnisses ist, und selbst die Andeutung einer solchen Möglichkeit würde nur die Spannungen verschärfen und die Möglichkeiten für eine neue Aussöhnung verringern, die ich für unverzichtbar halte. Ich wiederhole: unverzichtbar.»

Marco Bertolini, Generalleutnant der italienischen Armee i. R., Leiter der Verteidigungsabteilung der Fratelli d'Italia

Quelle: *VoxNews info* vom 27.4.2022

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Mit freundlichen Grüssen

Prof. Dr. Heinrich Wohlmeyer, Österreich